6. Jahrgang — Nr. 20

Dienstag, 24. Januar 1922

Volksstimme

Sozialdemokratische Partei-Tageszeitung für Halle und den Saalkreis sowie die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga, Zeitz-Weißenfels, Naumburg, Eisleben und die Mansfelder Kreise.

Redaktion in Halle, Gr. Brauhausstraße 17, Telephon Nr. 5802. Eisleben 302. Sprechstunden der Redaktion in Halle: Wochentags von 11—12 Uhr, Sonntags keine Sprechstunde. Sprechstunden unserer Eisleben er Redaktion wochentags von 4—6 Uhr nachmittags. Die „Volksstimme" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, sie enthält die illustrierte Sonntags-Beilage „Volk und Zeit" sowie wöchentlich abwechselnd „Die Frauenwelt" und „Für die arbeitende Jugend". Unverlangt eingesandten Manuskripten ist Rückporto beizufügen. Die „Volksstimme" verfügt über einen bestens ausgebauten Berichterstattungsdienst in allen Orten ihres großen Verbreitungsbezirks. Meldungen von Bedeutung werden zu jeder Tageszeit sowohl telephonisch wie auch schriftlich von der Redaktion entgegengenommen. Sendungen an die Redaktion bitten wir unter Bezeichnung „Eilices Zeitungsmaterial" sowie nicht an einzelne Redakteure, sondern an die Schriftleitung zu richten.

Verlag und Geschäftsstelle in Halle a. S., Gr. Ulrichstraße 27. Fernruf-Nummer 5477. Telegrammadresse „Volksstimme Halle". Postscheckkonto 11092 Erfurt. Geschäftsstelle in Eisleben: Bahnhofstr. 22. Fernruf-Nummer 302. Bezugspreis monatlich 9.50 Mk. und 1.50 Mk. Zustellungskosten; wöchentlich 2.75 Mk., oder im Quartal 33 — Mk. einschließlich Zustellungsgebühr. Für Abholer an den Ausgabestellen mit Abholungsgebühr 16.— Mk. monatlich. Einzelnummer 50 Pfg. Anzeigenpreise: im Textspaltenen Anzeigenteil kostet das Millimeter 1,— Mk., im Zeitspaltenen Teil 5.— Mk. einschließlich der Anzeigensteuer. Anzeigenschluß für die nächste Ausgabe bis 9 Uhr morgens. Betriebsstörungen technischer oder anderer Art entbinden von der rechtzeitigen Aufnahme von Anzeigen sowie von der pünktlichen Zeitungslieferung. Rabatte werden laut Tarif je nach Umfang des Auftrages gewährt. Platzvorschriften finden nach Möglichkeit weitgehendste Berücksichtigung.

Keine Lösung der Steuerfrage.

Die S. P. D.-Reichstagsfraktion tritt heute nachmittag zusammen.

Berlin, 24. Januar. Die gestrigen Besprechungen über die Steuerfragen in der Reichskanzlei, an denen der Reichskanzler, der Reichsfinanzminister Dr. Hermes, Dr. Rathenau, Vertreter des Zentrums, der Sozialdemokraten, der Deutschen Volkspartei und der Demokraten teilnahmen, wurden eingeleitet durch Darlegungen des Reichsfinanzministers über die Gestalt, die die Steuervorlagen der Regierung durch die bisherigen Beschlüsse der Reichstagsausschüsse gefunden habe. An das Referat schloß sich eine lebhafte Aussprache, bei der die Frage der Zwangsanleihe eine große Rolle spielte. Die Besprechungen, die mehr als drei Stunden dauerten, haben eine Lösung des Steuerproblems noch nicht gebracht.

Nach Schluß der interfraktionellen Besprechung trat die sozialdemokratische Fraktion zusammen, um auf Grund der Berichte ihrer Vertreter zu bestimmten Vorschlägen Stellung zu nehmen. Die Fraktion wird heute nachmittag zusammentreten. Auch die interfraktionellen Besprechungen sollen heute mittag 12 Uhr unter Hinzuziehung der Bayerischen Volkspartei fortgesetzt werden.

Die gestrige Kabinettssitzung hat sich der „D. Allg. Zt." zufolge lediglich mit laufenden Ressortangelegenheiten beschäftigt. Irgendwelche Beschlüsse über das der Reparationskommission bis zum 31. Januar vorzulegende Garantieprogramm und den Reparationsplan sind nicht gefaßt worden. Wie verlautet, soll das Reichskabinett heute darüber beraten.

Ein Arbeitsnachweisgesetz.

Ausschaltung der gewerbsmäßigen Stellenvermittlung.

B. **Berlin**, 24. Januar.

Im Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstags wurde am Montag der Entwurf eines Arbeitsnachweisgesetzes beraten. Ministerialdirektor Ritter: Der Zweck des vorliegenden Entwurfes ist, den Ausgleich von Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage zu erleichtern und nach Möglichkeit sicherzustellen, daß die Arbeit nach den Grundsätzen wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit und sozialer Gerechtigkeit verteilt wird. Das wird möglich sein, durch ein Netz von öffentlichen paritätischen Arbeitsnachweisen, die den Berufsausgleich durch das ganze Reich hindurch vermitteln und mit weitgehendem Selbstverwaltungsrecht ausgestattet, dabei der Eigenart der Berufe und örtlichen Bedürfnissen Rechnung tragen sollen. Die gewerbsmäßige Stellenvermittlung will diese neue Organisation allmählich völlig auszuschalten. Der Entwurf sieht als Zeitpunkt hierfür den 31. Dezember 1930 vor. Auch die fast allseitig gewünschte Arbeitslosenversicherung kann nicht geschaffen werden, wenn nicht der Arbeitsnachweis den Arbeitswillen feststellt und Arbeitslosigkeit verhütet und lindert. Der Entwurf sieht vor:

1. Arbeitsnachweisämter mit den dazugehörigen Arbeitsnachweisen, Landesämtern für Arbeitsvermittlung, dem Reichsamt für Arbeitsvermittlung.

2. Nach Bedarf sollen bei den Arbeitsnachweisen Fachabteilungen gebildet werden.

3. Die Vermittelungstätigkeit wird unentgeltlich erfolgen, wenn die Arbeitnehmer der Arbeitsversicherung unterliegen, im anderen Falle sollen die Arbeitnehmer ⅔ der Kosten tragen.

4. werden Bestimmungen über die Arbeitsvermittlung außerhalb des Arbeitsnachweises getroffen. Die gewerbsmäßige Stellenvermittlung soll vom 1. Januar 1931 verboten sein.

Die Angst vor Zita.

Budapest, 24. Januar. Mit Bezug auf den vom jugoslawischen Minister des Aeußern zur Sprache gebrachten Schritt der kleinen Entente betreffend die Habsburger Frage, erhielt der Pester Lloyd an hiesiger Stelle folgende Aufklärung: Die Vertreter der kleinen Entente haben beim Minister des Aeußern, Grafen Banffy, vorgesprochen, um sich über die umlaufenden Gerüchte betreffend der früheren Königin Zita zugeschriebene Absichten und über die Stellungnahme der ungarischen Regierung zu erkundigen. Graf Banffy hat die notwendigen beruhigenden Aufklärungen erteilt, womit die Angelegenheit ihren Abschluß fand.

Zweites deutsch-amerikanisches Kabel.

Paris, 24. Januar. Dem Neuyorker Berichterstatter des „New York Herald" zufolge verlautet, daß zwischen Amerika und Deutschland noch ein zweites Kabel über die Azoren gelegt werden soll. Die neue Kabel soll bis zum Oktober 1923 gelegt sein.

Auch das noch!

Aus dem russischen Elendsland.

Kopenhagen, 24. Januar. Der „Berlingske Tidende" wird aus Helsingfors telegraphiert: Die Hoffnung der Sowjetregierung, Brot aus Sibirien zu erhalten, sind infolge des Versalls des russischen Verkehrswesens und durch Mangel an Eisenbahnwagen gescheitert. Die einzige große Eisenbahnwerkstätte Sibiriens, die sich in Omsk befindet, ist niedergebrannt, das zur Folge haben wird, daß lange Zeit hindurch Ausbesserungen an Eisenbahnwagen und Lokomotiven nicht vorgenommen werden können.

Der große Hinauswurf.

Berlin, 24. Januar. Der Zentralausschuß der Kommunistischen Partei beschloß gestern abend laut „Roter Fahne" den Ausschluß der Parteiführer Braß, Friesland, Maltzahn und von 28 Unterzeichnern des Aufrufes der Opposition aus der Partei.

Neue Bilder der Erzberger-Mörder.

Berlin, 24. Januar. Wie der Untersuchungsrichter des Landgerichts in Offenburg mitteilt, sind von den als Mörder Erzbergers in Betracht kommenden Personen, Kaufmann Heinrich Schulz und dem Studenten Heinrich Tillessen dieser Tage neue Bilder aufgefunden, die vervielfältigt und dann allen Polizeibehörden zur Verfügung gestellt werden sollen.

Eine stattliche Reihe

von Orten unseres großen Verbreitungsbezirks hat auch zum 1. Februar bereits jetzt eine Erhöhung des Abonnentenstandes der „Volksstimme" erreicht und bereits nach hier gemeldet. Die übrigen Orte haben darum keine Zeit zu verlieren. Es gilt den steigenden Erfolg der „Volksstimme" auf der ganzen Linie zu sichern. Ihr wißt, was ihr der sozialdemokratischen Partei schuldig seid als

Vorkämpfer d. sozialistischen Gedankens

Das Braunschweigische Landtagswahl-Ergebnis.

Die Sozialdemokratische Partei nahm zu 22 000 Stimmen. — Die Unabhängigen verloren 34 000 Stimmen. — Die Kommunisten gewannen 8 374 Stimmen. — Die Bürgerlichen haben 2 758 Stimmen gewonnen.

Braunschweig, 24. Januar. Wie die Braunschweiger Landeszeitung meldet, sind nach den nunmehr vorliegenden nichtamtlichen Ergebnissen die Landtagswahlen wie folgt ausgefallen: Der Landeswahlverband erhielt 100 718 Stimmen, die Demokraten 28 373 Stimmen, Mehrheitssozialisten 52 404 Stimmen, die Unabhängigen 74 499 Stimmen und die Kommunisten 10 230 Stimmen. Dem Blatte zufolge erhalten der Landeswahlverband 23 Sitze, die Demokraten 6, die Mehrheitssozialdemokraten 12, die Unabhängigen 17, und die Kommunisten 2 Sitze, so daß eine sozialistische Mehrheit mit zwei Sitzen entsteht.

•

Die Verschiebung innerhalb der Arbeiterparteien ist eine außerordentliche. Unsere Partei kann einen Gewinn von rund 22 000 Wählern buchen, der sich selbstverständlich auch in der Mandatszahl auswirkt. Wir werden mit 12 Mann in den Landtag einziehen, die Unabhängigen mit 17 (nachdem sie 5 Mandate verloren haben), die Kommunisten mit 2. Von den 30 Mandaten der bürgerlichen Parteien werden die Rechtsparteien 23, die Demokraten 6 erhalten. Von den sozialistischen Stimmen, die bei der Reichstagswahl 1920 gezählt wurde, sind **rund 10 000 im Lager der Indifferenz verschwunden. Von den 30 000 Stimmen, die die Unabhängigen verloren, stießen rund 22 000 zur Sozialdemokratie und nur 8360 zu den Kommunisten.**

Irische Straßenschlacht.

Paris, 24. Januar. (Privattel.) Zwischen der Polizei und den republikanischen Streitkräften kam es in Tralle (Irland) zu einer richtigen Schlacht. Ein Zivilist hatte sich eines Autos zu bemächtigen versucht. Im weiteren Verlaufe entspann sich eine Balgerei, in deren Verlauf ein Zivilist und ein Polizist verwundet wurden. Später kamen die Polizisten, um Vergeltung zu üben, in Panzerwagen. Englische Truppen machten dem Kampf ein Ende.

Der neueste Stand der Besoldungsfrage.

Von Th. Kotzur.

Die im Laufe der Zeit in der Presse veröffentlichten Mitteilungen über die Besoldungsverhältnisse der Arbeiter, Angestellten und Beamten der Reichs- und Staatsbetriebe bieten dem Leser nur sehr schwer eine allgemeine Uebersicht über den augenblicklichen Stand. Nur zu oft werden die Lohn- und Gehaltsbewegungen und ihre Ergebnisse je nach der politischen Färbung der Presse zu einer Stimmungsmache benutzt. Darunter leidet natürlich die objektive Berichterstattung, und so kommt es, daß die der Bewegung fernstehenden Zeitungsleser sich kein klares Bild von dem Stande der Besoldungsverhältnisse des Personals der Reichs- und Staatsbetriebe machen können. Ja selbst unter den von der Bewegung Betroffenen entsteht dadurch die größte Verwirrung, die sich dann in übereilten Streikbeschlüssen, mindestens aber in einem sogenannten Ultimatum kundgibt. Die in den letzten Tagen der Oeffentlichkeit übermittelten Streikandrohungen sind dafür der beste Beweis. Es erscheint aus diesem Grunde zweckmäßig, in aller Kürze einmal festzustellen, wie sich die Einkommensverhältnisse augenblicklich gestalten.

Für die Lohnempfänger gelten Lohntarifverträge, die durchweg im Jahre 1921 abgeschlossen wurden und inzwischen ohne besondere Kündigung mehreren Lohnveränderungen unterworfen waren.

Die Beamten erhalten ihre Bezüge auf Grund des Besoldungsgesetzes vom 30. April 1920, das seit dieser Zeit ebenfalls wiederholt geändert wurde.

Das gesamte Personal wird unter Berücksichtigung der örtlichen Wirtschaftsverhältnisse in fünf Ortsklassen eingeteilt mit der Maßgabe, daß für die Beamten in der Ortsklasse E bei dem niedrigsten Grundgehalt (Besoldungsgruppe I) jährlich 1200 Mark und in der Ortsklasse A bei dem höchsten Grundgehalt (Besoldungsgruppe XIII) 8000 Mark Ortszulage in Betracht kommen. Aus diesen Unterschieden erklärt sich auch das Streben der Beamten der vier untersten Ortsklasse nach Höherstufung. Der mit den Beamtenfragen weniger Vertraute kann sich kaum eine Vorstellung machen von den Kämpfen um das neue Ortsklassengesetz, das am 1. März 1922 die endgültige Fassung erhalten wird. Beamte der Orte, die jetzt noch höher gestuft werden, erhalten dann eine Nachzahlung des Differenzbetrages für die Zeit vom 1. April 1920 bis 1. März 1922, also für rund 2 Jahre.

Eisenbahn und Postverwaltung haben jetzt mit Wirkung ab 1. Oktober 1921 das für die Beamten geltende Ortsklassengesetz auf die unter die Lohntarife fallenden Lohnempfänder übertragen. Damit wird eine wesentliche Beruhigung in den Kreisen der letzteren eintreten, wird doch endlich eine gleichmäßige Behandlung in den einzelnen Orten herbeigeführt. Die Lohnspannung zwischen der höchsten und niedrigsten Ortsklasse für die Lohnempfänger beträgt 1.80 Mark pro Stunde. Die für einzelne teure Orte im Bereiche der Eisenbahnverwaltung festgesetzten Ueberteuerungszuschüsse in Höhe von 1,10 Mark bis 1,40 Mark pro Stunde vergrößern allerdings die Spannung noch ganz erheblich. Trotzdem soll das System der Ueberteuerungszuschüsse bei den am 23. Januar beginnenden Verhandlungen wesentlich ausgebaut und damit eine Anpassung der Reichsarbeiterlöhne an die vielfach bedeutend höheren Löhne der Privatarbeiter erreicht werden. Auch die Frage, welche Lohnempfänger außer den Eisenbahnern Ueberteuerungszuschüsse erhalten sollen und ob das System für die Beamten anwendbar ist, steht mit zur Debatte.

Die eigentlichen Stundenlöhne der Reichsarbeiter sind außer nach Ortsklassen noch nach dem Lebensalter und der Qualität abgestuft. Für männliche Arbeiter kommen 7 Lohngruppen in Betracht, wobei der 18 Jahre alte Arbeiter in Ortsklasse A und Lohngruppe I auf 7,85 Mark, der 24 Jahre alte auf 9.65 Mark, in Lohngruppe VII dagegen der erstere auf 6,65 Mark, der letztere auf 8,45 Mark kommt. Dabei wird eine Kinderzulage von 80 Pfg. pro Stunde und Kind gezahlt. In zahlreichen Eisenbahnwerkstätten erhöht sich der Stundenlohn noch um einen Gedingeverdienst, dessen Höhe sehr verschieden ist. Sie schwankt zwischen 10 und 30 Prozent.

Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen, sei ausdrücklich betont, daß in den genannten Lohnsätzen die Teuerungszulage bereits eingerechnet ist und daß es sich um den neuesten Stand ab 1. Januar 1922 handelt. Nach der Auffassung der Regierung berücksichtigt diese Lohnhöhe schon die im Februar zu erwartende Brotpreissteigerung.

Das Grundgehalt der Beamten beginnt in der Besoldungsgruppe I mit 7500 Mark pro Jahr und steigt in 16 Jahren auf 12 000 Mark. Dazu kommt ein Ortszuschlag von 1200 bis 3200 Mark im Anfangsgehalt und 1500 bis 4000 Mark im Endgehalt. Zu Grundgehalt und Ortszuschlag gestellt sich ein Teuerungszuschlag von 40 Prozent für die ersten 10 000 Mark Diensteinkommen und 20 Prozent für den Rest. Je nach der Beamtenqualität bewegen sich Grundgehälter, Orts- bezw. Teuerungszuschläge in 13 Besoldungsgruppen und teilweise als Einzelgehälter in aufsteigender Linie.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519220124-14/fragment/page=0001

Für die Diätare gilt eine Diätenordnung. Die darin enthaltenen verhältnismäßig niedrigen Diätensätze werden aber durch Ausgleichszulagen in der Weise erhöht, daß ein Diätar im ersten und zweiten Diätariendienstjahr je 95 und im dritten 98 Prozent der Bezüge des planmäßigen Beamten seiner Gruppe erhält.

Schließlich sei noch erwähnt, daß den Beamten **Kinderzulagen** gewährt werden, die pro Kind bis zum 6. Lebensjahre 2100 Mark, bis zum 14. 2880 Mark und bis zum 21. 3600 Maark jährliches Mehreinkommen ergeben.

Der Reichstag hat soeben den 4. Nachtrag zum Etat für 1921 angenommen und damit die mit den gewerkschaftlichen Spitzenverbänden vereinbarte Gehaltsverbesserung sanktioniert. Wie schon betont, sind in den vorstehenden Lohn- und Gehaltssätzen die Neuregelungen bereits berücksichtigt. Wesentlich ist, daß die Regierung dem Reichstag versprochen hat, sobald wie möglich in eine Erörterung über alle aktuellen Beamtenfragen: **Grundgehaltslöhne, gleitende Skala** usw. einzutreten. Damit ist die Möglichkeit noch immer offen, endlich zu einer Regelung zu kommen, die den berechtigten Wünschen des Personals der Reichs- und Staatsbetriebe entspricht.

Reichstag.

Der Kampf um die Schule.

B. Berlin, 24. Januar.

Der Reichstag beschäftigte sich am Montag vor allem mit dem **Reichsschulgesetz**, dessen erste Beratung endlich auf die Tagesordnung kam. Unendlich viel ist zum Reichsschulgesetz geschrieben und geredet worden.. Ein Berg von Literatur häufte sich auf und Tausende von Versammlungen beschäftigten sich mit dem Schulstreit. Fürchterliche Drohungen wurden bisweilen, vor allem von den **Verteidigern der Konfessionsschule**, ausgestoßen und so konnte man sich eigentlich auf Zusammenstöße und hitzige Debatten gefaßt machen. Nichts von alledem kam. Die Beratung über eine Materie, die die Gemüter schon so stark erregt hatte, ging vorüber, wie irgend eine Debatte über harmlose Gegenstände. Warum?

Auf allen Seiten war das Gefühl lebendig, daß auch heute, ähnlich wie in **Weimar**, es nicht anders als durch einen **Kompromiß** zu einer Lösung und zu einem Ausweg kommen könne. Staatssekretär **Schulz**, unser Genosse und bekannter Berater in Schulfragen, betonte,

das Ziel, die soziale Einheitsschule,

sei leider in absehbarer Zeit in Deutschland noch nicht möglich. Mit dieser Tatsache müsse man sich abfinden. Komme es nicht zu einer **äußeren Einheitlichkeit und Geschlossenheit** für das ganze Schulwesen, dann sei doch wenigstens die innere Einheitlichkeit der deutschen Schulen zu erstreben. Geistige und körperliche tüchtige Erziehung sei sowohl in der bekenntnisfreien Schule wie in der Bekenntnisschule möglich.

Die Redner der Rechtsparteien machten sich das billige Vergnügen, darauf hinzuweisen, daß gerade die Religionsparteien an der Arbeit der Regierung am meisten auszusetzen hätten. Es scheint, als ob man auf beiden Seiten in der Schulfrage sich etwas verrannt hat. Die Forderung der **Zentrumsleute**, daß unter allen Umständen die Gewissensfreiheit (!) hochgehalten werden müsse, klingt so auf den ersten Ton hin ganz plausibel. Aber

das Elternrecht,

das sie mit der Forderung nach Gewissensfreiheit als Schutzwall vor die konfessionelle Schule hinstellen, hat seine Grenzen. Das Elternrecht kann nicht den Staatsgedanken aufheben. **Pädagogik und Schultechnik** ziehen ihm Grenzen, die respektiert werden müssen. Da die Bevölkerung Deutschlands konfessionell vielerorts gemischt ist, kann man mit dem starren Festhalten am Elternrecht allein nicht weiter kommen. Auf der anderen Seite scheint man allerdings bei der Schulfrage den **Gegensatz religiös — nicht religiös etwas übertrieben** zu haben. Nicht die Dogmen aus längst entschwundenen Zeiten sind in unserer Schule heute eine Gefahr, sondern der nationalistische Geist. **Wer diesen Geist der Kriegshetze und zugleich damit den antisozialen Geist des Kapitalismus in der Schule bekämpft, leistet wertvolle Arbeit**, ganz gleich, ob das in der konfessionellen oder in der weltlichen Schule geschieht. Die weltliche Schule, betonte unser Genosse **Hellmann**, muß die **alleinige Erziehungsgrundlage** bilden. Sie wird das — vielleicht in der Zukunft. Im Augenblick haben wir jedenfalls mit einer stärkeren Differenzierung und nicht mit einer Vereinheitlichung des Schulwesens zu rechnen, und die Skeptiker meinen, daß in Kulturdingen und Gewissensdingen der Drang nach Differenzierung auch in der Zukunft immer recht stark bleiben wird.

Auswärtiger Reichstagsausschuß.

Deutschland wünscht den baldigen Wiederaufbau Rußlands.

Im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags, der am Montag unter dem stellvertretenden Vorsitzenden Abg. **Müller-Franken** (Soz.) tagte, berichtete Reichskanzler Dr. **Wirth** eingehend über die **wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu Rußland**. Die Ausführungen des Reichskanzlers gingen dahin, daß Deutschland den **baldigen Wiederaufbau Rußlands** wünscht. Auch wünscht Deutschland kein deutsches Wirtschaftsmonopol, sondern die deutsche Regierung will gern mit anderen Interessenten gemeinsam operieren im Einvernehmen und mit Zustimmung derjenigen Gebiete, für die derartige Syndikate errichtet werden sollen. In dem hierauf folgenden vertraulichen Gedankenaustausch innerhalb des Auswärtigen Ausschusses kam allgemein der Wunsch zum Ausdruck, daß ein **Weiterausbau der wirtschaftlichen Beziehungen** zu Rußland auf das Dringendste zu erstreben sei. In der Diskussion sprachen die Abgg. **Gothein** (Dem.), **Wels** (Soz.), **Stöcker** (Kom.), Dr. **Hoetzsch** (Dn.), **Dittmann** (U.Soz.), **Dernburg** (Dem.), **Bernstein** (Soz.) und **Stinnes** (D.Vp.). Als Leiter der russischen Abteilung im Auswärtigen Amt antwortete Ministerialdirektor von **Maltzahn** in eingehenden Darlegungen auf die Ausführungen der Redner.

Der preußische Landtag gegen die französischen Uebergriffe.

B. Berlin, 24. Januar.

Bei der preußischen Regierung sind im Laufe der letzten Woche zahlreiche Anfragen und Anträge eingegangen, welche die mannigfachen Mißstände in den besetzten und abgetretenen Gebieten behandeln. Im Westen und Osten haben **Franzosen und Polen** Buchstaben und Geist des Friedensvertrages vielfach mit Füßen getreten und die Klagen der unglücklichen Bewohner dieser Provinzen wollen nicht verstummen. Am Dienstag begann man mit der Beratung derjenigen Anträge, die sich mit dem Saargebiet und dem besetzten Rheinland beschäftigen. Ministerpräsident Genosse **Otto Braun** nahm Gelegenheit, in einer groß angelegten Rede den Beweis zu erbringen, daß die preußische Regierung mit unablässiger Aufmerksamkeit die Leiden der vergewaltigten Saarbewohner und Rheinländer verfolgt und alles tut, was in ihren Kräften steht, um ihnen zu ihrem Recht zu verhelfen. Genosse **Braun** fand scharfe Worte gegenüber der französischen Agitationslüge von der angeblichen **Adresse der Saarbewohner um Befreiung vom preußischen Joch** und betonte, daß gegen die Unrechtmäßigkeiten der Saarregierung **schärfster Protest** eingelegt werden würde. Er wurde darin unterstützt vom Genossen **Hué**, der in verständiger Weise von allen Uebertreibungen abrückte, zugleich aber das **Festhalten der Saarländer am Deutschtum** betonte und die schweren wirtschaftlichen Schädigungen infolge Einführung der Frankenwährung darlegte. Auch der unabhängige Redner **Otter** sprach vernünftig und loyal, nur Herr **Dahlem** von den Kommunisten glaubte es nicht ohne einige Seitensprünge tun zu dürfen und machte sich gegenüber dem Genossen Hué durch den Versuch einer Ehrenrettung eines kommunistischen „Arbeiterführers" lächerlich, den auch die kommunistischen Arbeiter schon abgeschüttelt haben. Bei der Besprechung der Nöte des Rheinlandes verhießen die Minister **Severing** und **Boelitz** die Hilfe der Regierung besonders in der Lebensmittelfrage. Bemerkenswert war hierbei, daß auch der Deutschnationale Herr Bachem den Unabhängigen das Zeugnis unbedingter Reichstreue gegenüber französischen Propagandakünsten ausstellen mußte. Ueber diesen Punkt geht die Debatte morgen weiter und Genosse **Haas** wird dann den Standpunkt unserer Fraktion zum Ausdruck bringen.

*

Ein Kompliment, das er nicht verdient hat.

Am Sonnabend voriger Woche hatte unser Genosse Dr. **Siegfried Rosenfeld**, nicht der Unabhängige Dr. **Kurt Rosenfeld**, im Landtag eine Rede gehalten, in der er den vernünftigen Satz prägte, daß der Schutz der republikanischen Verfassung höher stände als die Immunität eines Abgeordneten. Infolge eines bedauerlichen Versehens hatten wir diese klugen Worte dem Unabhängigen Dr. Kurt Rosenfeld zugeschoben und ihm anschließend daran ein Kompliment gemacht. Wir müssen nachträglich feststellen, daß wir Kurt Rosenfeld ein Kompliment gemacht haben, das er nicht verdient hat und das wir darum gern zurücknehmen.

Gegen einen deutschfreundlichen Papst.

Polnische Machinationen.

Wien, 24. Januar. Nach hier vorliegenden Meldungen aus **Warschau** beabsichtigt die polnische Regierung dahin zu wirken, daß die Wahl des Papstes nicht auf eine Persönlichkeit falle, die bestrebt sein würde, die bisherige deutschfreundliche Politik des Staatssekretärs Gasparri fortzusetzen.

Berlin, 24. Januar. Der Germania zufolge wird Kardinal **Bertram** sich von Breslau am Dienstag nach Rom zur Papstwahl begeben. In **München** wird er mit Kardinal v. **Faulhaber** und voraussichtlich auch mit Kardinal **Schulte**-Köln zusammentreffen, mit denen er gemeinsam die Reise fortsetzen wird. An den Papstwahlen werden sechs deutsch-sprechende Kardinale teilnehmen, und zwar außer den oben Genannten der Erzbischof von Wien, Kardinal **Piffl**, und die beiden Kurienkardinale **Frühwirth** und van **Rossum**.

Auflösung des rumänischen Parlaments.

Bukarest, 24. Januar. Das amtliche Blatt veröffentlicht ein königliches Dekret, wonach das Parlament aufgelöst wird. Die **Wahlen** finden in der Zeit vom 1. bis 11. März statt. Die **neue Nationalversammlung**, die den Charakter einer Konstituante erhält, wird am 23. März einberufen werden.

Aus aller Welt.

Das Urteil im Heidelberger Bürgermeistermord-Prozeß.

Heidelberg, 24. Januar. Der Schmied **Siefert** wurde gestern vom hiesigen Schwurgericht wegen **Raubmordes** an den Bürgermeistern **Werner** und **Busse** zweimal zum Tode verurteilt. Wegen **Meineides** erhielt er ein **Jahr Zuchthaus**. In der Anklage wegen **Raubmordversuches** an dem Chauffeur **Rink** erfolgte Freisprechung.

425 000 Mark unterschlagen.

Der bei der Eisenbahnstation **Hannover-Nord** in der Joachimstraße tätige Eisenbahnsekretär **Neddermeyer**, ein älterer Mann, der bei seinen Vorgesetzten und Kollegen den Ruf besonderer Zuverlässigkeit genoß, hat sich umfangreiche Veruntreuungen amtlicher Gelder zuschulden kommen lassen. Er verstand es, seit dem Jahre 1919 durch fortgesetzte Handlungen die Summe von etwa 425 000 Mark zu unterschlagen. Neddermeyer scheint unter dem unheilvollen Einfluß eines seiner Kollegen gestanden zu haben, der auch einen großen Teil des Geldes erhalten hat und zur Einrichtung eines Warenlagers und zu sonstigen gewinnbringenden Zwecken verwandte. Es werden auch zwei weitere Beamte genannt, die ebenfalls von Neddermeyer große Beträge erhalten und sie zu geschäftlichen Unternehmungen verbraucht haben sollen. Die Veruntreuungen waren deshalb möglich, weil es sich im wesentlichen um Gelder handelte, deren endgültiger Zweck und Verrechnungsstelle noch nicht feststanden. Solche Beträge werden von den Eisenbahnkassen angenommen und vorläufig als durchlaufend gebucht. Sie entziehen sich daher sehr leicht der Kontrolle der Revisionsbeamten und lassen sich, wenn die Posten durch später eingezahlte Gelder aufgefüllt werden und keine zufällige Entdeckung eintritt, unter Umständen lange verschleiern.

Ein Gutskäufermord in Ostpreußen. Der Holzhändler Walter **Kuchenbecker** aus Allenstein ist einem **Raubmord** zum Opfer gefallen. Kuchenbecker wurde am 22. Dezember von zwei Männern nach Finster-Damrau im Kreise Ortelsburg gelockt, wo sie ihm ein Grundstück verkaufen wollten. Nachdem sie in Ortelsburg gemeinsam ein Café besucht hatten, fuhren sie nach Joschowitz und gingen dann etwa 1½ Kilometer nordöstlich in einen Wald, wo sie ihn niederschlugen, erschossen und erwürgten und ihm 60 000 Mark in Tausendmarkscheinen raubten. Wie festgestellt werden konnte, haben sie einen der Scheine in einem Gasthause in Jeschowitz gewechselt. Dort haben sie sich dann Fahrkarten dritter Klasse nach Neidenburg gekauft, ob sie jedoch hingefahren sind, weiß man nicht.

Antje Möller.

Roman von

Kurt von der Eider.

(25. Fortsetzung.)

Antje seufzte. „Ach, wenn es nur schon überstanden wäre; ich habe schreckliche Angst."

In diesem Augenblick trafen ihre Blicke den Wandspruch. „Hoffnung" schimmerte es ihr entgegen, wie ein tröstender Zuruf. Sie klammerte sich an das Wort und faßte frischen Mut.

Es kamen noch dunkle Tage genug für Antje, und der Alte hatte manchmal nötig, zu rufen: „Grade auf als ich!" Aber wenn sie auch dazu lächelte, blieben doch ihre Augen traurig.

Gestern saß sie am Fenster, versteckt von der Gardine, und spähte die Straße entlang. Wenn dann ein Mann daherkam, groß und schlank gewachsen, mit festem, lautem Tritt, dann bebte ihr Herz und fing an zu hämmern, und war er vorbeigegangen, schwamm alles vor ihren Augen, und sie mußte erst ein Taschentuch nehmen und sie auswischen, ehe sie weiter nähen konnte. Dann blickte sie sich wohl mal verzweifelt um, aber ihr Blick blieb immer wieder auf dem Wandsegen haften. Von ihrem Fensterplatz aus las sie: „Glaube". Das war für sie auch ein schönes Wort und ein wirklicher Segen.

Währenddessen kam über Dreesohm eine fieberhafte Tätigkeit. Es war ein Arbeiten, das ihn erfrischte und verjüngte und ihm nicht anstrengte. Er fügte, hämmerte in einem fort und kam nur ab und zu mal herein, um Antje Bericht zu erstatten.

„Haß du denn das Tischlern gelernt, Ohm?" fragte Antje.

„Jawohl, ganze vier Wochen," war die Antwort. „Ich hatte Lust zu dem Handwerk und pfiff beim Hämmern und hämmerte nach dem Takt meines Pfeifens. Dabei schlug ich mich im Takt recht derbe auf die Finger. Ich bekam eine schlimme Hand und mußte nach Hause. Als ich wieder gesund war, hatte mein Meister schon einen neuen Lehrling. Er war ein Mann von raschem Entschluß. Na, da ließ ich mir meine Stiefel besohlen und ging weiter."

Als das Gestell zu der Ladeneinrichtung fertig war, fing er an zu streichen.

„Ich wäre ein ganz geläufiger Maler geworden," gestand er Antje, „aber mein Meister verstand nichts von der Kunst. Ist das etwa schlimm, wenn man auf einer alten Bauerndiele in dem Gesprenkel ein paar kleine Fratzen mit hineinmalt? — Einmal waren sie etwas gar zu ähnlich ausgefallen. Da sagte mein Meister mir „Adjö"; ich ließ meine Stiefeln neu besohlen und ging."

Als die Farbe trocken war, ging es an ein Kleben. Dreesohm kochte eigenhändig dicken Kleister und klebte alte Zigarrenkisten und Kasten von innen und außen fein aus. In manche kamen kleine Fächer hinein für Nadeln, Zwirn und dergleichen. Es wurde allerliebst.

„Tapezieren hast du wohl auch gelernt?" fragte Antje.

„Ja, das lernte ich in vierzehn Tagen. Ich war ein elendes Bürschchen, als ich bei meinem Meister in die Lehre kam, und er war ein Goliath. Als ich vierzehn Tage da war, ging Meister Goliath über die Straße zum Krüger, um ein altes Sofa aufzupolstern, ich mußte mit einem Sack Heede nachkommen. Nun war der Sack aber größer als ich. Er zog mich hinten über; als ich mitten auf der Straße war, warf mich das Biest um und legte sich quer über mich, daß ich mich nicht rühren konnte. Das gab ein großes Hallo. Als ein paar mitleidige Menschen mich endlich hervorgezogen hatten, kam auch Meister Goliath herbei. Er wollte meine Ohren lang ziehen, aber dann gingen einige auf ihn los und sagten, es wäre eine Schande, daß er dem kleinen David eine Last aufbürde, die größer sei als er. Da nahm Meister Goliath selbst seinen Sack und ging, und ich konnte draußen bleiben. Das Ende vom Liede war. . ."

„Daß du dir deine Stiefel neu besohlen ließest. Ach, Dreesohm, du hast viele Sohlen gebraucht!"

„Hab' ich, mein Deern, hab' aber dafür auch die Welt kennen gelernt."

Einmal sprachen sie von Antjes Mutter. Antje überwand ihre Scheu und fragte, wer ihr Vater wäre.

„Ich weiß es nicht," sagte Dreesohm, und Antje sah, daß er nicht log.

„Sie diente dazumal in Tönning bei einer feinen Herrschaft. Ein feiner Herr muß es gewesen sein; denn für einen gewöhnlichen war Mieken nicht zu haben. Aber ein armer Schlucker war es sicherlich, denn sie hat nicht einen roten Pfennig von ihm bekommen. Was ich ihm aber am meisten verdenke, ist, daß er sich nicht einmal nach ihr oder seinem Kinde umgesehen hat."

Still war es in Antjes Stübchen, der Alte ging auf einen Augenblick in die Küche.

Als er wieder zurückkam, suchten seine Augen das Dunkel; aus seiner Rocktasche hing ein Zipfel seines rotbaumwollenen Taschentuches, als ob er dies vor einem Augenblick gebraucht hätte.

Antjes schwere Stunde kam und ging vorüber. Sie lag matt und bleich in ihren Kissen, geheiligt und entsühnt durch die Mutterschmerzen. Neben ihr, in einem Körbchen, lag ihr Sohn; ihr Sohn, der, wie sie mit banger, vorahnender Freude fühlte, einst über dies kleine Haus hinaus wachsen würde. Dreesohm lief hin und her; er war nicht mehr Herr in seiner Wohnung. Lokelmeiersche, die weise Frau, und Nasche Jansen, Krischan Nahwers Frau, wirtschafteten in Stube und Küche umher. Sie klapperten mit Töpfen und Kellen, holten ihm seine Sachen unter den Händen fort und stellten alles auf den Kopf.

Da blieb dem Meister Tausendkünstler nichts weiter übrig, als sich in seine Künstlerecke zu verkriechen und über seine Arbeit sich stillen Betrachtungen hinzugeben. Nasche Jansen blieb Antje eine mütterliche Freundin, die mit ihren guten Ratschlägen nicht geizte. Auch Benedika Jansen, Dicke genannt, kam öfter zu der alten Schulfreundin; sie diente auf einem Hof in der Nähe Imstedts und hatte einen tüchtigen Knecht zum Schatz.

Zum Frühjahr wurde die Hökerei von Antje Möller eröffnet. Dreesohm hatte sich unendliche Mühe gegeben, den Laden nach dem Muster des Kaufmannsladens an der Ecke auszustaffieren. Er hatte sich Bauer Gribbohms Pferd und Wagen geborgt und war nach Husum gefahren, um die Waren en gros einzukaufen. Als er am Abend wieder zu Hause anlangte, hatten er und Antje genug zu tun, alle Säcke, Beutel und Tüten ins Haus zu schaffen. Jetzt galt es, die Schaufenster herzurichten. An jeder Seite des Hausflurs war ein schmales, kleines Fenster; eines davon kam Krischan Nahwers zu, aber sie traten es bereitwilligst ab. Dreesohm hatte selbst eRgale gemacht und stellte hierauf nun zur verlockenden Ansicht: einen großen Glashafen mit rosenroten und schneeweißen Bonbons, rechts einen kleineren mit buntgestreiften Pfeffermünzstangen, links einen mit dünnen Lakritzen. Auf dem zweiten Brett lehnte seitwärts eine noch unbeschriebene Tafel; daneben stand eine geöffnete Schachtel mit Griffel, die mit Gold- und Silberpapier umwickelt waren. Dann kam ein Federkasten mit buntbemaltem Deckel, ein Grogglas, in welchem Bleistifte und Federhalter steckten, und an jeder Seite ein kleines Tintenfläschchen. Ueber dem ganzen schwebte ein Neuruppiner Bilderbogen, der in Wort und Bild die Geschichte von der schönen Griseldis darstellte.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519220124-14/fragment/page=0002

Der Weltgläubiger.

Von Erwin Barth.

Wirtschaft.

Wenn man das Glück eines Landes lediglich nach seinem Goldreichtum, nach dem Goldbestande seiner Staatsbank, nach dem Wert seines Geldes, nach der Golddeckung seiner Noten und nach seinen auswärtigen Guthaben messen dürfte, so wären alle Zungen der Welt einig, die Vereinigten Staaten von Amerika restlos glücklich zu preisen. Amerika ist während des Krieges durch seine bis zur höchsten Leistungsfähigkeit seiner Wirtschaft gesteigerten Kriegslieferungen allmählich zum ersten Gläubiger der Welt geworden. Die am Kriege auf der gegnerischen Seite beteiligt gewesenen Mächte sitzen bei ihm tief in der Kreide. Amerika hat von den Alliierten die Riesensumme von 10 Milliarden Dollar — überwertige Golddollars — zu fordern. Es marschiert mit dem Kurs seines Geldes der ganzen internationalen Länderschar weit voraus. (Ausgenommen die Schweiz. — Red. d. „Volksstimme“.) Es verfügt in seiner Federal-Reservebank über einen Metallvorrat von über 2.711 Milliarden Golddollar, d. h. über soviel, wie alle offiziellen Notenbanken der europäischen Staaten zusammengenommen. Am Papiergeld laufen nur etwas mehr als 2,474 Milliarden Dollar. Es hat also für sein Papiergeld eine Golddeckung von 109,6%; Neben dem amerikanischen ist nur das englische Geld durch Metall überdeckt. Wir lassen hier zum Vergleich den Metallbestand und den Notenumlauf der wichtigsten Notenbanken und das Prozentverhältnis der Metalldeckung zu den Noten folgen:

	Metallbestand	Notenumlauf	Deckung der Noten
Amerika	2711130000 D.	24746700[illegible]0 D.	109,6 %
England	128417000 £.	123684000 £.	103,8 „
Frankreich	5801800000 Fr.	37406800000 Fr.	15,5 „
Niederlande	615200000 Fl.	10[illegible]8600000 Fl.	59,8 „
Schweiz	668800000 Fr.	927300000 Fr.	72,1 „
Schweden	275700000 Kr.	615700000 Kr.	44,8 „
Spanien	312 400000 Pes.	4308700000 Pes.	72,5 „
Deutschland	1038600000 Mk.	87728200000 Mk.	1,18 „

Wer nun der Meinung ist, daß der Schein dieses Wohlstandes alle Sorgen Amerikas überdecken müßte, der ist schwer im Irrtum. Der Schein trügt! Amerika sitzt in seinem Golde und in seiner hohen Valuta fest, wie ein Schiff in Packeis.

Die öffentlichen Schulden Amerikas schwellen lawinenartig an. Vor Beginn des europäischen Krieges belief sich die verzinsliche Schuld Amerikas noch nicht auf 1 Milliarde Dollar. Am 31. März 1921 wurde die fundierte Anleiheschuld schon auf über 15 Milliarden Dollar beziffert. Dazu kamen noch 7½ Milliarden mit begrenzter kürzerer Lauffrist. Von den kurzfristigen Schulden hofft man in diesem und im nächsten Finanzjahr allenfalls 1 Milliarde tilgen zu können. Der Rest wird in Daueranleihen umgegossen werden müssen. 1914 schloß die Summe aller Einnahmen und Ausgaben für den Bundeshaushalt mit 1 Milliarde Dollar ab; 1916 betrug allein die Summe der Ausgaben 1114 Millionen Dollar; im Geschäftsjahr 1922 aber wird sie sich auf 24 006 Millionen Dollar belaufen.

Die Finanzen Amerikas sind natürlich von seiner Wirtschaftslage abhängig, und diese ist als trostlos zu bezeichnen. Die Zahl der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten wird auf rund 6 Millionen geschätzt. Das sind bei einer Bevölkerungsziffer von 92 Millionen 6⅓% der gesamten Einwohner; gegen etwa 4—4½ in England, gegen weniger als 3% in den skandinavischen Staaten und etwa ¼% in Deutschland. Die Arbeitslosigkeit in Amerika erstreckt sich auf alle Zweige der Wirtschaft. Die Aufblähung der amerikanischen Industrie während des Krieges hatte zunächst überschwengliche Hoffnungen geweckt. Die Ernüchterung kam bald und mit ihr eine folgenschwere Enttäuschung. Der im Rüstungsfieber aufgeblasene Wirtschaftskörper schrumpfte automatisch mit dem Ende des Krieges zusammen. Die investierten Kapitalien sitzen unrentierlich fest. Die Stahlindustrie, die Maschinenindustrie, die Textilwarenfabrikation, die Werften, die Plantagen, kurzum alles klagt, und die Statistiken über Beschäftigungsgrad, Auftragsbestand, landwirtschaftliche Anbaufläche und Export weisen die Berechtigung der Klagen auf.

Krisen, wie wir sie in Europa in letzter Zeit wiederholt erlebt haben, sind auch Amerika nicht erspart geblieben.

Die amerikanische Krise ist natürlich anders einzuschätzen als die in Europa aufgetretenen. In den europäischen Ländern ging gleichzeitig mit Preisabbau und Spekulationszusammenbruch eine entsprechende Valutaverbesserung nebenher. In Amerika gab es und gibt es zwischen Gold und Papier keine Wertdifferenz. Amerika ist noch fortgesetzt gezwungen, die Preise abzubauen, um seine Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt und Besserbeschäftigung seiner Wirtschaft wieder zu gewinnen. Die amerikanischen Indexziffern von Warenpreisen im Großhandel sind dem Vorkriegsstand schon erheblich nähergekommen. Im Oktober vergangenen Jahres waren sie nur noch 23% höher als im Jahre 1913. Die Löhne sind nicht so stark gesunken. Sie waren im August 1920 noch 114% über den Friedensbestand und im August 1921 noch immer reichlich 100% höher. Aber es ist damit zu rechnen, daß ein Lohnabbau eintreten wird. Für die Wahrscheinlichkeit dieser Annahme spricht schon die ungeheure Arbeitslosenarmee, die lohndrückend wirken muß. Aber auch der amerikanische Außenhandel ist noch keineswegs wieder auf den aufsteigenden Ast gekommen. Im Jahre 1920 hat Amerika für über 5¼ Milliarden Dollar Waren eingeführt und für etwas weniger als 8¼ Milliarden Dollar ausgeführt. Der Ausfuhrüberschuß betrug fast 3 Milliarden Dollar. Die Monatsausweise über den amerikanischen Außenhandel für das Jahr 1921 zeigen eine zwar unregelmäßige, aber doch immerhin sehr merkliche Verschlechterung des amerikanischen Ausfuhrhandels. Die Ziffern für den Dezember liegen noch nicht vor. Aus den ersten 11 Monaten wird ersichtlich, daß der amerikanische Ausfuhrüberschuß durchschnittlich pro Monat 178,4 Millionen Dollar betrug. Im Jahre 1920 jedoch war der Monatsdurchschnitt des Ausfuhrüberschusses 245,8 Millionen Dollar, d. h., daß im verflossenen Jahre gegenüber dem Vorjahre der Ausfuhrüberschuß um rund 30% abgenommen hat. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Amerikas machen erklärlich, daß der Einfuhr billiger ausländischer Waren Dämme gezogen werden. Ganz läßt sie sich naturgemäß nicht unterbinden. Sie machen aber insbesondere erklärlich, daß Amerika jede Anstrengung macht, um seinen Absatz im Ausland zu sichern, oder gar noch zu vergrößern. Diese Absicht ist in den letzten Jahren durchaus nicht gelungen. Im Monatsdurchschnitt des Jahres 1920 betrug die amerikanische Ausfuhr 687,4 Millionen Dollar. Im Durchschnitt der 11 Monate des Jahres 1921 aber betrug die Ausfuhr nur reichlich halb soviel, nämlich 377,3 Millionen Dollar. Im Januar 1921 wurde für 654 Millionen Dollar ausgeführt und im November nur noch für 290 Millionen Dollar.

Aus alledem wird ersichtlich, daß nicht nur die Finanz- sondern auch die Wirtschaftssorgen Amerikas trotz allem Glanz des Reichtums, den wir Europäer an Amerika sehen, außerordentlich drückend sind und daß die Vorstellung ganz falsch ist, daß Amerika in der Lage wäre, Europa aus dem Sumpf herauszuziehen.

Europa braucht für seine Wiederherstellung Handlungsfreiheit. Diese wird nur erreicht, durch eine Revision des Versailler Vergewaltigungsvertrages.

Die Mark sinkt weiter.

Die Furcht vor Lloyd George und der deutschen Zwangsanleihe.

Der Wert der deutschen Mark betrug am Montag in Amerika 2,03 Friedenspfennige. Das entspricht einer Bewertung des Dollars mit 202,01 Mark, während in Berlin am Montag amtlich 204,04 Geld notiert wurde. Das Sinken der Mark wird auf die letzte Rede Lloyd Georges und auf die in Aussicht gestellte Zwangsanleihe zurückgeführt.

Gewerkschaftliches.

Der außerordentliche Kongreß der ungarischen Gewerkschaften im Dezember 1921.

(I. G. B.) Wir entnehmen der ungarischen Gewerkschaftspresse Resolutionen des am 4. Dezember abgehaltenen Kongresses der ungarischen Gewerkschaften. Sie zeigen, wie wenig die ungarische Regierung bisher getan hat, den ungarischen Arbeitern ihre elementaren Rechte und Freiheiten zurückzugeben und sind ein vortrefflicher Kommentar der schönfärberischen Verteidigung der ungarischen Regierung, die der Minister des Aeußeren gegenüber dem Internationalen Arbeitsamt versucht hat.

Zum Koalitions- und Streikrecht.

Der Kongreß stellt fest, daß die um das Vereins- und Streikrecht geführten Kämpfe und die darauf bezüglichen Eingaben noch immer zu keinem Erfolg führten; daß sogar die im letzten Jahre von der Regierung erlassenen Verordnungen sowie die Praxis der provinzialen Verwaltungsbehörden die freie Wirkung der Gewerkschaften hindern; daß der Bericht, den der ungarische Minister des Aeußern dem internationalen Arbeitsamt gemacht hat, nicht der Wahrheit entspricht, weil die das Vereinsrecht beschränkenden Verordnungen noch in Geltung sind und daß die Behörden noch über diese beschränkenden Verordnungen hinaus, dem Organisations- und Streikrecht eigenmächtig Abbruch tun. Arbeiter, die an der Lohnbewegung teilgenommen haben, sind unter Anklage gestellt und interniert worden.

Deshalb fordert der Kongreß im Interesse der Arbeiter und der inneren Ordnung:

1. die Sicherung des Vereins-, Versammlungs- und Streikrechtes der Arbeiterklasse auf Grund der Allgemeinen Menschenrechte und der Rechtsgleichheit. Die aufgelösten oder gewaltsam aufgehobenen Arbeitervereine sollen wieder freigegeben und die rechtswidrig beschlagnahmten Vermögen sollen zurückgegeben werden;
2. das offizielle Verbot der sogenannten schwarzen Listen der Arbeitgeber, durch die die um mehr Brot kämpfende Arbeiterschaft zur Auswanderung gezwungen wird;
3. daß die polizeiliche Aufsicht, der Meldezwang, das System der Internierung und politischen Verfolgungen aufgehoben werden. Ebenso muß auch die Zensur abgeschafft werden;
4. die Regierung soll ermöglichen, daß die Gewerkschaftszentralen im Lande Ortsgruppen gründen und kontrollieren können;
5. die Aufhebung der Beschlagnahme der Vereinslokale und ihre Zurückgabe;
6. die Regierung soll die Verordnung Nr. 6407/1920 aufheben die die Bergarbeiter unter militärische Aufsicht stellt und dadurch die Freizügigkeit, das Versammlungs- und Streikrecht ohne jeden Grund hindert.

Für sämtliche Leser

bringen wir vom 1. Februar ab in

der „Volksstimme“

wöchentlich an mehreren Tagen in einer „Geschäftlichen Rundschau“, aus der wir den Lesern die bekannt gegebenen Inserenten der Berücksichtigung empfehlen, die jeweils geltenden Eisenbahn-

Fahrplan- und Fahrpreis-Verzeichnisse

unseres Verbreitungsbezirkes und darüber hinaus.
Auch diese Erweiterung unseres Blattes wird allen Abonnenten die Gewinnung neuer

Leser für die „Volksstimme“

erleichtern.
Man mache deshalb von umseitigem Bestellzettel den geeigneten Gebrauch und sende ihn in offenem Kuvert mit der Aufschrift: „Drucksache“ an unsere Geschäftsstelle oder händige ihn dem Zeitungsboten aus.

Literatur.

Dr. Anna Siemsen, „Erziehung im Gemeinschaftsgeist“. Verlag Ernst Heinrich Moritz, Stuttgart. Die Verfasserin dieser Schrift legt mit zwingender Klarheit dar, daß Deutschlands Wiedergeburt zum guten Teil ein Problem der Erziehung ist.

Dr. Erich Witte, Der Unterricht im Geiste der Völkerversöhnung. Verlag Neues Vaterland, E. Berger u. Co., Berlin W62. — Preis 5 Mark. Die in der Verfassung verheißene „Erziehung im Geiste der Völkerversöhnung“ will immer noch nicht Tatsache werden. Das liegt nicht nur daran, daß der nationalistische Teil der Lehrerschaft bewußte Jugendverhetzung treibt. Das Heft liefert Materialien, gibt einen Ueberblick über die Gebiete und Unterrichtsstoffe, in denen sich die neue Erziehung und der neue Unterricht besonders zu bewähren hätten, und es nennt Literatur für das tiefer eindringende Studium. Man sollte die hier dargebotene Hand freundlichst annehmen, man sollte sich mit dem Verfasser, dessen Ausführungen jeder gehässigen Schärfe entbehren, auseinandersetzen.

Eduard Bernstein, Der Sozialismus einst und jetzt. Buchhandlung Vorwärts, Berlin. Preis 20 Mark. Eduard Bernstein hat im Sommerhalbjahr 1919 an der Berliner Universität „Gastvorlesungen“ über die Grundfragen des Sozialismus gehalten, Vorlesungen, die den Hörer mitten hinein in die großen Streitfragen des Sozialismus führen. Mit dem Freimut, der den theoretischen Führer des deutschen Revisionismus von jeher ausgezeichnet hat, behandelt er die Werttheorie, die Lehre vom Klassenkampf, die Marxsche und Lassallesche Staatstheorie, den Bolschewismus etc. Sehr lichtvoll sind seine Ausführungen über den fortgeschrittenen Kapitalismus, über die Klassenbildung und Klassengliederung der heutigen bürgerlichen Gesellschaft, über die Rückwirkungen des Krieges auf die Wirtschaftsentwicklung und ihre Probleme.

Konrad Haenisch, „Neue Bahnen der Kulturpolitik“. Aus der Reformpraxis der Deutschen Republik. J. H. W. Dietz Nachf., Stuttgart. Buchhandlung Vorwärts, Berlin. Nach einer ungeheuerlichen Volkskatastrophe, in den Jahren schwerster innerer und äußerster Krisen gelang es dem früheren Minister für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung, Konrad Haenisch, die soziale Stellung des Lehrers beträchtlich zu heben, die Lehrbesoldung zu reformieren, die geistliche Ortsschulaufsicht zu beseitigen, die örtliche Schulverwaltung neu zu gestalten und weitsichtige Maßregeln zur allmählichen Entbureaukratisierung der Schulverwaltung zu ergreifen. Er suchte durch Elternbeiräte Schule und Haus in eine möglichst enge Arbeitsgemeinschaft zu bringen. Er wollte aus der Schule eine Erziehungsschule im weitesten Sinne des Wortes machen. Seinem großen Volkserziehungsprogramm gliederte er die Volkshochschule, die „Akademie der Arbeit“ und die staatlichen Kurse für die Fortbildung der gewerkschaftlichen Funktionäre ein. In dem Ministerium für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung gab er den führenden Geistern unserer neuen Zeit einen weiten Spielraum zu freier Entfaltung. Neue Männer zogen in die Leitung der Hochschule für Musik, der Theater, Museen und Kunstakademien ein. Wer heute an der geistigen und sittlichen Genesung des deutschen Volkes arbeiten will, der muß auf den Kampfboden treten, zu dem das tapfere Werk Konrad Haenischs: „Neue Bahnen der Kulturpolitik“ zielklar emporführt. Allen streitbaren Geistern für eine deutsche Kulturpolitik großen Stils dient dieses Werk als wirksame Waffe.

Wilhelm Keil, Ein unentbehrlicher Ratgeber in Steuerfragen. Von dem Gesetz vom 24. Juni 1921 über die Einkommensteuer vom Arbeitslohn sind am 1. August 1921 nur die Vorschriften über die steuerfreien Werbungskosten in Kraft getreten. Der gesamte übrige Inhalt dieses Gesetzes, der dem Steuerabzugsverfahren seine richtige Form gibt, hat erst all 1. Januar 1922 Gesetzeskraft erlangt. An diesem Termin ist auch bereits die neueste Aenderung des Einkommensteuergesetzes (Gesetz vom 20. Dezember 1921) in Kraft getreten, die den Steuertarif vollkommen umgestaltet, die Beträge, um die sich die Steuer ermäßigt, erheblich hinaufsetzt und eine Reihe weiterer Aenderungen bringt, die für die Lohn- und Gehaltsempfänger von Bedeutung sind. Aus diesem Anlaß hat Reichstagsabgeordneter Wilhelm Keil seine im Verlag der Schwäbischen Tagwacht G. m. b. H. Stuttgart bereits in 7 Auflagen erschienene Broschüre „Die Einkommensteuer vom Arbeitslohn (Lohnsteuer)“ in solidem Taschenformat neu herausgegeben. Die 64 Seiten starke Schrift, die für alle Lohn- und Gehaltsempfänger von größter Wichtigkeit ist, kann von jeder Buchhandlung zum Preis von 450 Mark bezogen werden.

Wirtschaftliches Arbeitnehmer-Jahrbuch 1922. Herausgegeben durch ein Kollegium von Arbeitern, Angestellten, Praktikern, Wissenschaftlern aller Gewerkschaften und Parteien. Volksverlag für Wirtschaft und Verkehr, Stuttgart, Pfizerstr. 5. 256 Seiten. Taschenformat. Gebunden Preis 15 Mark. Dieses handliche, inhaltreiche Taschenbuch ersetzt wirklich eine ganze Bibliothek, nur mit dem Unterschied, daß es hundertmal billiger ist. Es ist ein vielseitiger Führer durch die Fülle der wirtschaftlichen und rechtlichen Einzelfragen, die sich dem Arbeitnehmer im Tageskampfe, beim Zeitungslesen, in Versammlungen, bei Beratung von Kollegen entgegentürmen. Dank seines handlichen Formats kann man es immer in der Tasche bei sich tragen und hat so einen immer gegenwärtigen Berater.

Rudolf Wissell und Alfred Striemer, „Ohne Planwirtschaft kein Aufbau“. Verlag Ernst Heinrich Moritz, Stuttgart. Wissell, der Vater des Gedankens der Planwirtschaft, gibt hier — vereint mit Dr. Striemer — die Richtlinien für die notwendige Neugestaltung unserer Wirtschaft.

Parvus, Der wirtschaftliche Rettungsweg. Verlag für Sozialwissenschaft. Berlin SW68. Parvus macht in diesem kleinen Werk beachtenswerte Vorschläge zum wirtschaftlichen Wiederaufbau. Parvus fordert vor allen Dingen eine Sanierung unserer Währung, als deren Ausgangspunkt er folgenden Kurs nimmt: 1 Dollar = 100 Mark. Die Schrift von Parvus erscheint auch in französischer und englischer Sprache. Es ist anzunehmen, daß sie bald im Mittelpunkt einer lebhaften internationalen Debatte stehen wird.

Martha Steinitz, Die englischen Kriegsdienstverweigerer. Verlag Neues Vaterland, E. Berger u. Co., Berlin W62. — Preis 4 Mark. Quäler und Kriegsdienstverweigerer — wer kannte sie im wilhelminischen Deutschland! Und auch heute noch, obwohl ihr Verhalten im Kriege fundamentale Bedeutung für die Beziehung des Menschen zum Kriege gewonnen hat, wissen nur wenige von ihnen. Dem zu begegnen wurde diese kleine Schrift verfaßt. Sie sagt in knappen Worten alles Wesentliche über diese großen Menschenfreunde und läßt in der Hauptsache ihre Taten selbst sprechen, so erschütternd und ergreifend, daß Zusätze nur abschwächen können.

Magnus Schwantje, Hans Paasche, Sein Leben und Wirken. Verlag Neues Vaterland, E. Berger u. Co., Berlin W62. — Preis 4 Mark. Keine Beweihräucherung, keine übertriebene Bewunderung, sondern ein klares, schönes Bild des tückisch Ermordeten zeichnet er, indem er auch auf seine Schwächen und Fehler eingeht und sie uns erklärt. Alles in allen ein schönes Bild des tapferen Kämpfers.

Charles Richet, Der Mensch ist dumm! Satirische Bilder aus der Geschichte der menschlichen Dummheiten. Brosch. M. 14,—, geb. M. 20,—. Verlag Neues Vaterland, E. Berger u. Co., Berlin W62. Der Titel könnte zu der Annahme führen, daß Richet ein Menschenverächter und Pessimist sei und auch die ganze Gedankenführung des Werkes ist wenig schmeichelhaft gegenüber den Torheiten und Verrantheiten der menschlichen Gesellschaft. Unbarmherzig rechnet er den Menschen vor, welche zerstörenden Folgen sich ergeben aus Rassenüberhebung, Vergewaltigung der Tierwelt, Verstümmelungen des eigenen Körpers, sozialen und Standesunterschieden, Alkoholgenuß usw. (wobei er ganz jovial einräumt, daß er selbst raucht, obwohl er das Rauchen als eine Form des allgemeinen Wahnsinns anprangert) abergläubischen Gebräuchen. Richets vollkommen individuell-gefühlsmäßige und vollkommen unwirtschaftliche Einstellung zum Sozialismus können wir allerdings nicht unerwähnt lassen. Im übrigen ist das Buch interessant zu lesen und von dem Bestreben durchtränkt, den Menschen von der Zivilisation zur Kultur zu erziehen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519220124-14/fragment/page=0003

Gewerkschaftliches.

Die schwere Lage der Eisenbahner.

Jahres-Versammlung des Deutschen Eisenbahner-Verbandes, Ortsgruppe Halle.

Die Ortsgruppe Halle des Deutschen Eisenbahner-Verbandes hielt am 26. Januar im „Volkspark" ihre gut besuchte Jahresversammlung ab. Der 1. Bevollmächtigte wies in seinem Geschäftsbericht darauf hin, daß im Berichtsjahr die Ortsgruppe eine schwere Krisis durchzumachen hatte, daß sie aber gesundet und gekräftigt trotz alledem aus dieser Krisis hervorgegangen sei. Hätte schon das Jahr 21 starke Anforderungen an jedes einzelne Mitglied gestellt, so würde das Jahr 22 weit stärkere Anforderungen an jeden Einzelnen stellen. Die Eisenbahner ganz besonders gehen im jetzigen Geschäftsjahr schweren Kämpfen entgegen. Dem reaktionären Ministerium, der reaktionären verknöcherten Geheimratskaste gelte es die Phalanx der Eisenbahnarbeitnehmerschaft, Arbeiter und Beamte, entgegenzustellen. Mehr und mehr lernten auch die Beamten einsehen, daß sie gemeinschaftlich mit der Arbeiterschaft nur ihre wirtschaftlichen und sozialen Interessen verbessern können, daß sie gemeinsam mit der Arbeitnehmerschaft Schulter an Schulter um die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage kämpfen mußten. Redner appelliert an die Kollegen, ihre ganze Person einzusetzen, zu agitieren für den Einheitsverband, den Deutschen Eisenbahner-Verband. Vor allen Dingen aber dahin zu wirken, daß unter allen Umständen die Unorganisierten, die ein Krebsschaden in unserer Bewegung sind, sich endlich organisieren. Es kann nicht angehen, daß es Menschen gibt, die da mit ernten, wo sie nicht gesät haben. Mit allem Nachdruck muß diesen Kollegen das Verwerfliche ihrer Handlungsweise klargemacht werden.

Mit dem Schlußwort: Unsere Parole im neuen Geschäftsjahr soll sein: „Durch Kampf zum Sieg" schloß Redner seine Ausführung.

Den Kassenbericht gab Kollege Schachtel als Kassierer. Auch hier ging zahlenmäßig das Emporblühen der Ortsgruppe hervor.

In der einsetzenden Diskussion unterstrichen die Diskussionsredner die gemachten Ausführungen.

Bei der Neuwahl der Ortsverwaltung wurde einstimmig durch Akklamation der Kopf und die Revisoren der alten Organisation wiedergewählt. Die Beisitzer, die in den Sektionen gewählt waren, wurden bestätigt.

Im 3. Punkt der Tagesordnung gab der Bevollmächtigte den Bericht über die letzte Lohnbewegung. Die Zugeständnisse der Regierung wurden von allen Diskussionsrednern als zu niedrig abgelehnt, denn sie entsprechen keinesweges der wirtschaftlichen Notlage der Arbeitnehmerschaft. Die weitere Verelendung der Arbeiter- und Beamtenschaft macht riesenhafte Fortschritte. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß es höchste Zeit sei, die 10 Forderungen des A. D. G. B. zu verwirklichen, um endlich die ungeheure Steuerlast, die uns durch den verbrecherischen Krieg auferlegt worden ist, von den Schultern der Besitzlosen auf die Schultern der Besitzenden abzuwälzen. Folgende in der Versammlung eingebrachte Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die heute, den 20. Januar 22. im Volkspark zu Halle (S.) tagende Hauptversammlung des Deutschen Eisenbahner-Verbandes, Ortsgruppe Halle (Saale) erklärt das Ergebnis der Lohnerhöhung für völlig ungenügend und den fortwährend steigenden Teuerungsverhältnissen in keiner Weise entsprechend. Wir sind der Ueberzeugung, daß der Hauptvorstand alle Maßnahmen getroffen hat, um die Vertreter des R. V. M. zu überzeugen, daß die Notwendigkeit vorliegt, die Löhne und Gehälter zu erhöhen.

Die Verhandlungen haben ergeben, daß die Vertreter des R. V. M. die Notlage der Eisenbahn-Beamten und Arbeiter noch nicht erkannt haben. Wir fordern von dem Hauptvorstand unverzüglich beim R. V. M. vorstellig zu werden, um das Existenzminimum aller Eisenbahn-Beamten und Arbeiter zu erwirken und im Falle einer Ablehnung mit allen zu Gebote stehenden gewerkschaftlichen Kampfmitteln zu erzwingen."

Weiterhin beschloß die Versammlung, ihr Solidaritätsgefühl mit den im Kampfe befindlichen Kollegen, dadurch zum Ausdruck zu bringen, daß die Mitglieder Extramarken à 5 Mark, in Höhe von mindestens 10 Mark zu kleben haben.

Zur Lohnbewegung in der Metallindustrie.

Von der Ortsverwaltung Halle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes wird uns geschrieben:

Bei dem am Mittwoch, den 18. stattgefundenen und am Freitag, den 20. Januar fortgeführten Verhandlungen vor dem Schlichtungs-Ausschuß in Halle wurde folgende Vereinbarung geschlossen. An Zulagen werden gewährt:

1. Für Facharbeiter, angelernte und ungelernte Arbeiter im Alter bis zu 21 Jahren 0.50 Mark.
2. Für die gleichen Arbeitergruppen im Alter von 21—24 Jahren: a) Für Ledige 0.75 Mark, b) für Verheiratete 1.05 Mark.
3. Für die gleichen Gruppen über 24 Jahren: a) Für Ledige 1,00 Mark, b) für Verheiratete 1.05 Mark.
4. Für jugendliche Arbeiter 0.25 Mark.
5. Für angelernte und ungelernte Arbeiterinnen: a) unter 18 Jahren 0.25 Mark, b) über 18 Jahren 0,50 Mark.
6. Lehrlinge 0,25 Mark die Stunde.
7. Die bisherigen Zulagen für die in Gießereien und Kesselschmieden Beschäftigten werden von 30 auf 40 Pfg. erhöht. Für die Lehrlinge dieser Branche von 20 auf 30 Pfg.

Diese neuen Teuerungszuschläge werden ab 8. Januar gezahlt und gelten bis 31. Januar 1922.

Da auch der Rahmen-Tarif gekündigt worden ist und in Verhandlungen über denselben eine Verständigung nicht erzielt werden konnte, so finden am 31. Januar weitere Verhandlungen zwischen den Organisationen und dem Verband der Metallindustriellen vor dem Schlichtungs-Ausschuß statt.

Die Ortsverwaltung.

Der Eisenbahnerstreik in Dresden beendet.

Die Verweigerung der Anerkennung des Streiks durch den Hauptvorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes und der Hinweis darauf, daß der Streik die augenblicklichen Verhandlungen mit der Regierung ungünstig beeinflusse, führte zu dem Beschlusse der Streikenden, den Streik abzubrechen und am Montag früh die Arbeit in allen Betrieben wieder aufzunehmen. Der Zugverkehr von Berlin nach Dresden war bereits Sonntag wieder fahrplanmäßig. Von 13 000 Arbeitern befanden sich etwa 8000 im Streik. Wie die Blätter aus Dresden melden, konnten gestern vom Hauptbahnhof sämtliche Züge abgefertigt werden. Auch der Dienst auf dem Bahnhof Neustadt und dem Güterbahnhof ist in vollem Umfange wieder aufgenommen worden.

Der Kongreß bestätigt die auch von den ungarischen Delegierten angenommenen Beschlüsse des Londoner Kongresses des Internationalen Gewerkschaftsbundes und beauftragt den Gewerkschaftsrat, seine volle Kraft an die Verwirklichung dieser Beschlüsse zu wenden, sobald er seine Bewegungsfreiheit zurückgewonnen hat.

Kein Streik in Chemnitz.

Dresden, 24. Januar. Die Eisenbahngeneraldirektion teilt mit, es werden Nachrichten verbreitet, daß die Eisenbahner von Chemnitz in den Streik getreten sind. Diese Nachrichten entbehren jeder Grundlage. Nur in Leipzig wird in den Werkstätten von Engelsdorf gestreikt, während das Betriebspersonal den Verkehr aufrechterhält.

Verhältnis zur Internationale.

Der am 4. Dezember d. J. abgehaltene außerordentliche Kongreß der ungarischen Gewerkschaften dankt für die tiefe Sympathie und das kameradliche Mitgefühl, das die organisierte Arbeiterschaft der Welt in schweren Stunden gegenüber den ungarischen Genossen gezeigt hat.

Der Kongreß drückt seinen besonderen Dank dem Internationalen Gewerkschaftsbund aus für seine von proletarischer Solidarität getragenes Verhalten: es gibt der ungarischen Arbeiterschaft die Gewißheit, daß der internationale Gewerkschaftsbund, die verantwortungsvolle Mission vollständig begreift, die ihm als der einzigen wirklichen Internationale der organisierten Arbeiterschaft in der heutigen Zersplitterung der politischen Internationale zufiel.

Vermischtes.

Ein neuer Baustein. Nach langen Versuchen im Klinkerwerk in Dreistern ist es Paul Arnold gelungen, eine Erfindung zu machen, die nach der „Tiecelwelt" für die Bauindustrie von großer Tragweite werden kann. Es handelt sich um einen gebrannten Mauerziegel für Umfassungsmauern, durch den einmal eine Preisersparnis von mindestens 40 Prozent erreicht wird, und der zweitens nicht aus irgend welchen Ersatzstoffen hergestellt ist, sondern ein einwandfreies Ziegelfabrikat darstellt, das die bisherige Stabilität und Tragfähigkeit der Umfassungsmauern gewährleistet.

Verantwortlich für leitenden Artikel, Politik und Feuilleton: F. O. H. Schulz, für Lokales Gewerkschaftliches und Genossenschaftliches: Paul Täumel, für Provinzielles und Allgemeines: i. V. Paul Täumel, für Anzeigen und Verlag: Wilhelm Hetzig, sämtlich in Halle.

B. B.B. **Beth's Bunte Bühne.** Vornehme Künstlerspiele.
Allabendlich: Der vollständig neue brillante
Spezialitäten-Spielplan!
Das Beste vom Besten!

Die Organisierte Arbeiterschaft
von Halle und Umgegend deckt ihren Bedarf an
Schuhwaren in der Filiale der
Weißenfelser Genossenschaftsschuhfabrik,
Lerchenfeldstr. 14
Zum Verkauf kommen Schuhwaren in nur guter Lederqualität.

Schreibwaren, Ansichtskarten, Künstlerkarten
Naumburger Volksbuchhandlung
Markt 10.
Buchhandlung Volksstimme Halle.

Der Unterzeichnete bestellt vom 1. Februar an die
„Volksstimme"
Sozialdemokratische Zeitung für Halle und den Reg.-Bezirk Merseburg zum monatlichen Bezugspreise von 11.— Mk., an die folgende Adresse:
Name Wohnort
Str. Nr.
An Verlag Volksstimme G. m. b. H., Halle a. S.
Fernruf-Nr. Amt Halle 5407.
Postscheckkonto: Amt Erfurt 11092.

Zeitungs-Bestellzettel
Verlag Volksstimme G. m. b. H. Halle a. S. Gr. Ulrichstraße 27.
50 Pfg. Marke

Deutscher Metallarbeiterverband
Verwaltung Halle a. S.
Sonntag, den 29. Januar, vormittags 9¾ Uhr, im großen Saale des Volkspark:
General-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Jahresbericht und Neuwahl der Ortsverwaltung.
2. Beschluß über die aufzustellenden Forderungen zum Lohntarif.
3. Verbandsangelegenheiten.
Einlaß nur für Mitglieder gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches des D. M.-V.

Mittwoch, den 25. Januar, abends 7½ Uhr, im Volkspark:
Sitzung der Betriebsräte, Vertrauensmänner und Kassierer.
Tagesordnung:
Stellungnahme zu dem neu aufzustellenden Lohntarif.
Ohne Mitgliedbuch und Ausweis kein Einlaß.

Branchen-Versammlungen der Elektromonteure u. Hilfsmonteure
Donnerstag, den 26. Januar, abends 7 Uhr, in Wilsdorfs Gesellschaftshaus, Karlstr. 14.
Tagesordnung:
1. Bericht und Wahl der Branchenleitung.
2. Unsere Lohnforderung.

Freitag, den 27. Januar, abends 7 Uhr, in Köppchens Restauration, Unterberg 12:
Klempner, Installateure und Helfer.
Tagesordnung:
Die Antwort der Innung auf unsere Lohnforderung.
Die Branchenkollegen werden um zahlreiches Erscheinen ersucht.
Die Ortsverwaltung.

Reclams Universal-Bibliothek
Preis 1.50 pro Nr.
empfiehlt die
Buchhandlung der Volksstimme
Große Ulrichstraße 27.

Alte unmoderne **Herren Hüte** werden schnell, gut und preiswert umgearbeitet.
C. G. Nicolai, Leipziger Straße 13. Fernruf 4612.

Bei Einkäufen bitten wir unsere Parteigenossen und Leser sich stets die Inserate in der Volksstimme zu beziehen.

Kaufgesuche
Gold-Silber-Platin- Bruch
Alte Zahngebisse
Alte Münzen,
Schmucksachen aller Art
kauft zu höchsten Preisen.
Bitte überzeugen.
A. Abramowitz, Schmeerstr. 14. 1 Tr.

Fellsammler!
Treffpunkt: Fischerplatz 7.

Vermischtes
Spezialität: Gummierte Reststoffe u. Windelhöschen.
G. Klappenbach, Gr. Ulrichstr. 41.

Stadt-Theater
Mittwoch, den 25. Jan. Anf. 7½. Ed. n. 10 Uhr
Die neugierigen Frauen
Komische Oper von Wolf-Ferrari
Donnerstag
Tiefland.

Hallisches Operetten-Theater
(Fernruf 6183)
Täglich abds. 7½ Uhr
Der Vetter aus Dingsda
Operette in 3 Akten.
Musik v. Eduard Künneke
Vorverkauf von ½10—1 Uhr und ab 5 Uhr nachm.
Sonntags ab ½10 Uhr.

Jede **Reparatur** an echten und unechten Schmucksachen, Gold- und Silberwaren schnell, sauber, billig
Juwelier Tittel
Trauringecke.

Gebhardt-Elweiss-Kakao
ist von unschätzbarem Wert für alle diejenigen, deren Ernährungszustand der Nachhilfe bedarf. — Gutachten erster ärztlicher Autoritäten stehen unserem Fabrikate zur Seite.
Verlangen Sie ausdrücklich Gebhardt-Elweiss-Kakao! Versandstelle Gr. Steinstr. 36 2 Gebäude. Fernruf: 4811.
In allen einschlägigen Geschäften zu haben.
Georg Gebhardt & Co., Halle-Saale.

Amtliche Bekanntmachungen Halle a. S.

Bekanntmachung.

Das zur Vorbereitung der Neuwahlen der Handwerkskammer aufgestellte Verzeichnis der Handwerkerinnungen und Gewerbevereine, die in Halle ihren Sitz haben, wird zur Einsicht der Beteiligten vom 24. bis einschließlich 31. Januar 1922 im Büro für Innungsachen, Rathausstraße 19, Zimmer 47, ausgelegt mit der Aufforderung, etwaige Beschwerden binnen 14 Tagen nach Ablauf der Auslegungsfrist bei mir anzubringen.

Halle, den 20. Januar 1922.

Der Oberbürgermeister.

Bekanntmachung.

In der Zeit vom 25. Januar bis 5. Februar werden in den Meßjuverkaufsläden, unter Vorlage der Brotausweise, 500 gr 70%iges Weizenmehl pro Kopf der Bevölkerung zum Preise von 3.50 Mk. verabfolgt.

Die Abgabe des Mehles für Ausländer usw. erfolgt auf Grund im Kriegsbrotausschuß ausgestellter Bezugsscheine.

Die Verkaufsstellen haben die Kundenlisten bis 5. Februar im Kriegsbrotausschuß-Büro abzuliefern.

Halle, den 20. Januar 1922. **Der Magistrat.**

Vereins-Anzeiger
zur Bekanntgabe sämtlicher Veranstaltungen
der Sozialdem. Partei.
Bezirksverband Halle, Harz 42/44. Fernruf 1611.
Ferner für die dem Allgem. deutsch. Gewerkschaftsbunde angeschlossenen Gewerkschaften sowie die auf dem Boden der Arbeiterbewegung stehenden geselligen Vereine.

Weißenfels. Donnerstag, den 26. Januar, abends 8 Uhr im „Volkshaus" Generalversammlung. Kassenbericht, Vorstandswahl. Der Vorstand.

Merseburg. Ortsverein S. P. D. Donnerstag, den 26. Januar, abends 8 Uhr im „Tivoli" Generalversammlung. Tagesordnung: Berichte. Neuwahl der Gesamtverwaltung. Parteiangelegenheiten. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. Der Vorstand.

Ober-Wiederstedt. Sonnabend, abends 8 Uhr, öffentliche Volksversammlung. Referent: Parteisekretär Alb. Müller Eisleben. Der Vorstand.

Hettstedt. Sonntag, nachm. 2 Uhr, Generalversammlung der S. P. D. Erscheinen aller Mitglieder dringend erforderlich. Der Vorstand.

Familien-Nachricht.

Verband der Bergarbeiter Deutschlands
Bezirksleitung Halle.
Unser langjähriger Vertrauensmann,
Eduard Damm
Canena, ist am Sonntag, den 22. Januar bei Ausübung seiner Berufsarbeit tödlich verunglückt.

Der Verstorbene hat mit seltener Selbstlosigkeit und Treue für seine Organisation gewirkt. Wir werden dem so plötzlich aus unseren Reihen gerissenen Mitkämpfer ein dauerndes Gedenken bewahren.

Die Bezirksleitung.
I. A.: Undeutsch.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519220124-14/fragment/page=0004

Partei-Angelegenheiten.

Hallischer Gewerkschafts- und Vereinskalender.

Kartellbelegierte. Die nächste Sitzung des Gewerkschaftskartells findet am Freitag, den 10. Februar, statt.

Achtung, Betriebsräte! Am Freitag, den 27. Januar, abends 7½ Uhr, findet im Volkspark eine Vollversammlung der Betriebsräte statt.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Kreisarztes Dr. Kühnlein über Gesundheitsgefahren im Betrieb und ihre Verhütung. 2. Betriebsrätefragen.

Da das Referat des Herrn Dr. Kühnlein schon mehrfach Beifall gefunden hat und auch das Interesse unserer Betriebsräte erweden müßte, wird zahlreicher Besuch der Betriebsräte und Obleute erwartet. Die Mitglieder des Vollzugsrates treffen sich eine Stunde vorher im Rauchzimmer.

Bericht über Metallarbeiterjugendbewegung und über die Generalversammlung des Deutschen Eisenbahnerverbandes siehe „Gewerkschaftliches", 4. Seite Hauptblatt.

Halle und Saalkreisorte.

Halle, 20. Januar 1922.

Der Wohnungsbau in Halle im Jahre 1922.

Eine 37-Millionen-Anleihe. — Die Siedlungsgesellschaften erhalten erhebliche Baukostenzuschüsse. — Der dunkle Punkt: Stahlhelmsiedlung neben der Artilleriekaserne.

Die Stadt will in diesem Jahre einen energischen Schritt zur Behebung der immer größer werdenden Wohnungsnot tun. Sie hat zwar schon in den vergangenen Jahren seit Kriegsende 18 000 000 zur Wiederbelebung der Bautätigkeit ausgegeben, während sie nur zu einem Drittel des 7 Millionen betragenden Staatszuschusses verpflichtet war, aber die Zustände auf dem Wohnungsmarkt werden immer schlimmer. Jetzt ist der Stadt nun durch das Mietsteuergesetz die Möglichkeit gegeben, größere Mittel flüssig zu machen. Geplant ist eine 37 Millionenanleihe, die im Laufe von 20 Jahren (die Mietsteuer kann bis zum Jahre 1941 erhoben werden) durch eben diese Abgaben getilgt werden soll. Es ist in Aussicht genommen, die Vorarbeiten so zu beschleunigen, daß sofort bei Eintritt besserer Witterungsverhältnisse mit den Arbeiten begonnen werden kann, um eine möglichst lange Zeit des Jahres als Bauperiode benutzen zu können.

Den Löwenanteil der 37 Millionen werden die in Halle bestehenden Siedlungs- und Bauvereine als Bauzuschüsse erhalten. Sie erheben ja schon jahrelang Ansprüche darauf. Die Stadtverwaltung ist zu dem Entschluß gekommen, die Bestrebungen auf Selbsthilfe im Wohnungsbau, die in diesen Vereinigungen zum Ausdruck kommen, für seine Wohnungsbauten nutzbar zu machen, sich sozusagen mit ihnen koalieren. Folgende namentlich aufgeführten Vereinigungen haben für dieses Jahr Neubauten geplant:

Bauverein für Kleinwohnungen	200	neue Wohnungen
Gartenstadt	90	„ „
Hallescher Bauverein	24	„ „
Eigenheimsiedlung Halle Südost	18	„ „
Neu-Halle	60	„ „
Eigene Scholle	100	„ „
Stahlhelm	50	„ „
	542	neue Wohnungen

Hinzu kommen noch die Flüchtlinge aus den abgetretenen Gebieten, die sich aber voraussichtlich der „Eigenen Scholle" anschließen werden. Wer Anspruch auf Baukostenzuschüsse erhebt, muß die Finanzierungspläne und sonstigen Unterlagen bis zum 20. Februar einreichen.

Der großzügige Plan des Magistrats ist rückhaltlos zu begrüßen. Wir werden ihm in Zukunft noch manche Zeile widmen und ihm in jeder Hinsicht Förderung angedeihen lassen. Gegen einen Punkt müssen wir aber von vornherein Bedenken erheben: Das ist die finanzielle Unterstützung des Stahlhelm. Diese Vereinigung ist, nach dem Charakter ihres öffentlichen Auftretens zu urteilen, eine Organisation, die politische Ziele verfolgt. Jede Veranstaltung liefert einen neuen Beweis. Es ist nicht angängig, daß dem Stahlhelm in seiner jetzigen Form auch nur die geringsten Zuschüsse gewährt werden. Dazu müßte er sich erst auflösen und seine Mitglieder in anderen, wirklichen Bauvereinen sich aufnehmen lassen. Gleichfalls unannehmbar ist für uns der Plan, die Stahlhelmsiedlung in direkter Nähe der Artilleriekaserne anzulegen. Gerade hierbei handelt es sich um das Gelände, das der Magistrat im vorigen Jahre an den Verein zur Förderung des Gemüsebaues in Kleingärten verpachtet hat. Wir verkennen durchaus nicht den Vorteil des dortigen Platzes. Die Straße ist ausgebaut, die Wasserleitung gelegt, während an anderen Plätzen im Notfall das erst mit erheblichen Kosten geschehen muß. Aber eine große Stahlhelmsiedlung in der Nähe der Artilleriekaserne ist für uns unannehmbar. Wir glauben es gar nicht erst noch näher begründen zu brauchen.

Verstärkung des Straßendienstes der Schutzpolizei.

Der amtliche Preußische Pressedienst schreibt:

Die mangelnden Sicherheitsverhältnisse in den großen Städten, die sich in zahlreichen Ueberfällen auf friedliche Bürger, Beraubung am hellen Tage, Einbrüchen in Läden und Plünderungen auswirken, haben den Minister des Innern veranlaßt, hiergegen polizeiliche Maßnahmen zu ergreifen. Unter Hervorhebung des Gesichtspunktes, daß die Einheitsreviere, auf denen sich Beamte der Schutz-, Kriminal- und Verwaltungspolizei befinden, den Ausgangspunkt jeder wirksamen Exekutivtätigkeit bilden müssen, wird die Zahl der auf den Einheitsrevieren tätigen Schutzpolizeibeamten, die von hier aus im Revierbezirk bei Tage und bei Nacht den Sicherheits- und Straßendienst ausüben, vom 1. April 1922 erheblich vermehrt werden. Die Dichtigkeit der Polizeistreifen und -posten wird durch diese Maßnahme vergrößert und damit die Entdeckung und Ergreifung von Rechtsbrechern jeder Art erleichtert.

Ferner hat der Minister die restlose Heranziehung aller Schutzpolizeibeamten zum Außendienst erneut allen Polizeibehörden zur Pflicht gemacht, um hierdurch die Zahl der auf die Straße zu bringenden Beamten weiterhin zu erhöhen. Dem gleichen Zwecke dient die Anordnung, daß die während der Wachtzeit auf der Straße zu verbringende Zeit erheblich heraufgesetzt wird.

Schließlich weist der Minister alle nachgeordneten Dienststellen, der polizeilichen Weiterbildung aller Beamten das größte Augenmerk zuzuwenden, um die Beamten mit allen gesetzlichen und sonstigen Bestimmungen vertraut zu machen und Mißgriffen einzelner Polizeibeamten bei der Handhabung ihrer Verantwortlichen Tätigkeit vorzubeugen.

Sache der ordnungsliebenden Bevölkerung wird es sein, ihrerseits den Bestrebungen des Ministers dadurch entgegenzukommen, daß sie die Polizei in ihrem schwierigen Amte unterstützt und sich bei allen Vorkommnissen, die die Ruhe, Sicherheit und Ordnung stören, schnellstens an das zuständige Polizeirevier wende.

Kleine Erinnerungen und Gedankenstriche.

Vor nur zehn Jahren.

„Laß warnen dich als Mensch und Christ
Und hüte dich vor allem Bösen.
Es macht Plätzer, wenn man es ist
Und bringt Verdruß, wenn man's gewesen."

Am eigenen Leibe haben zwar die Deutschnationalen die Wahrheit dieses Busch-Sinnspruches bereits erfahren, aber es ist ihr Schicksal, daß sie sich nicht warnen lassen. Seit dem Sommer 1920, als sie bei den Reichstagswahlen leidlich abgeschnitten hatten schon garnicht mehr. Nicht etwa, daß sie damals die Wahlschlacht gewonnen hätten. Bei weitem nicht. Es war nur ein Teil der Wähler, die am 19. Januar 1919 in endlosen Schwärmen den konservativen Hürden entflohen waren, teuemütig in den deutschnationalen Stall zurückgekehrt, weil die Weimarer Nationalversammlung die Kunst des Goldmachens nicht verstanden, also nicht vermocht hatte, binnen anderthalb Jahren aus dem verarmten und verelendeten, besiegten und hungernden, von schwersten inneren Krämpfen heimgesuchten deutsche Reiche ein Land zu machen, in dem eitel Milch und Honig fließt. Nur darin hatte der deutschnationale Wahlsieg bestanden. An Stimmen und Mandaten waren sie noch weit hinter der Sozialdemokratie zurückgeblieben. Trotzdem gebärdeten sie sich als Hahn im Korbe und glaubten, mit Hilfe der Bureaukratie wilhelminischer Färbung und unterstützt durch ihre prallen Beutel voll agrarischer Wuchergewinne wieder Herren der Situation zu sein. Es ist anders gekommen und wird noch erbärmlich anders werden. Darauf darf sich die Firma Ludendorff & Cie. trotzdem verlassen. Vielleicht wird ihre nicht allzu ausgiebig entwickelte Fähigkeit, die Wehen der Zeit zu verstehen, durch eine kleine Erinnerung angeregt.

Man schrieb den 25. Januar 1907. Im Monat vorher war der Reichstag aufgelöst worden, weil er militärische Forderungen für die Kolonien abgelehnt hatte. Eine hanebüchene Wahlmache war offiziell betrieben worden. Unter Führung des General-Leutnants v. Liebert überschüttete der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, kurz und zutreffend Reichslügenverband genannt, die Wählerschaft, namentlich die ländliche, mit Abermillionen von Druckschriften, Flugblättern und Bilderbogen, die das Blaue vom Himmel herab schwindelten. Kolonialsekretär Dernburg, der gerissene, ließ vor den Augen der freudig erstaunenden Wähler aus einer Sandkiste eine Dattelpalme in die Höhe schießen. Vor allem sollte das Heer der Nichtwähler mobil gemacht werden. 1903 hatten von den 12,5 Millionen Wahlberechtigten 3 Millionen nicht abgestimmt. Gelänge es, so kalkulierten die Klugen, diese drei Millionen auf die Beine zu bringen, so fegten überall die Kandidaten der Regierung, und die Sozialdemokratie war — endlich, endlich — zu einem bedeutungslosen Klümchen zusammengebauen worden.

Diesem Ziele, aufs innigste zu wünschen, waren die angewendeten Kampfmittel angepaßt. Ein Platzregen von tollen Unmöglichkeiten und schreienden Schwindeleien prasselte sechs Wochen lang auf die armen Wähler herab. Die Ballen bogen sich. Aber es gelang. Nicht alle drei, wohl aber fast zwei Millionen bisherziger Nichtwähler wurden am 25. Januar 1907 an die Urne getrieben und damit die noch nie dagewesene Beteiligungsziffer von 84,7 Prozent erreicht. Die Dernburgische Dattelkiste hatte das Wunder vollbracht. Das klassenbewußte Proletariat irreführen, hatte der Wahlschwindelkonzern Bülow-Dernburg-Liebert natürlich nicht zuwege gebracht; die Sozialdemokratie hatte vielmehr ihren drei Millionen Stimmen von 1903 noch eine Viertelmillion hinzugefügt; aber von den 79 Mandaten die wir gehabt hatten, gingen uns 36 verloren, und 14 der 43 verbliebenen Sitze mußten erst noch durch Stichwahlen geholt werden.

Der konservative Jubel am Abend des 25. Januar 1907 war groß. Wem ein Gaunerstückchen gelungen ist, erblickt darin gern das Einwerkängnis himmlischer Gewalten mit besagter Gaunerei. Der Grüchchenkanzler Bülow gewann das verblaßte Vertrauen seines allergnädigsten Kaisers und Herrn wieder. Dieser selbst hielt noch am Wahlabend vom Balkon des Berliner Schlosses herab eine geschwollene Siegerrede an die Tausende ihn anbrüchenden Dattelkistengläubigen. Einem der Freudetrunkenen erging es dabei allerdings übel. Zur Feier des Tages wollte er auf seiner eigens mitgebrachten Trompete sein übervolles Herz im „Heil Dir im Siegerkranz" hinausschmettern. Doch kaum hatte er zwei Töne seinem Instrumente entlockt, als ihm eine Schutzmannsfaust ins Genick sauste, während die andere Hand des Behelmten ihm die Trompete vom Munde riß. In einem beweglichen Klageliede hat der gekniffte Patriot später sein Herzeleid in bürgerlichen Blättern ausgestöhnt. Der Gerechte muß eben viel leiden.

Im Reichstage ging alles am Schnürchen. Man kartete nicht damit, es die Sozialdemokratie fühlen zu lassen, daß sie niedergeritten worden sei. Unsere Freunde schritten gleichmütig ihren Weg gerade aus. Sie hatten schon Schlimmeres erlebt als vorübergehende Mandatsverluste. Sie sahen voraus, was kommen würde. Das Volk erwartete Wunder; aber die Wunder blieben aus. Der Kiste entsproß keine Dattelpalme; dafür wurde die agrarische Liebesgabenpolitik fortgesetzt, und neue Steuern wurden wieder auf die Nichtbesitzenden gewälzt. Diesen Tatsachen gegenüber hielt die Bülowsche Taschenspielerkunst nicht lange vor. Der alte Demokrat Träger präzte den kaustischen Witz, die Regierungsparteien glichen einer Ehe zwischen Karpfen und Kaninchen. Das Ringlein sprang entzwei.

Genau fünf Jahre später. Der Kalender verzeichnete den 25. Januar 1912. Wieder hatten Reichstagswahlen stattgefunden. Der Hauptwahltag am 12. Januar hatte die sozialdemokratische Stimmenzahl von 3 260 000 auf 4 250 000 schnellen lassen. Am 25. Januar gelangten die Stichwahlen zum Abschluß. Mit 110 Mandaten zog die Sozialdemokratie in den neuen Reichstag ein. Ein Sprung von 43 auf 110! Noch nie war einer Partei solcher Erfolg, solche glänzende Rechtfertigung zuteil geworden. Die Konservativen schrumpften von 60 auf 45, die Nationalliberalen von 58 auf 43 Sitze zusammen. Auch das Zentrum hatte seine Dattelsünde mit 14 Mandaten büßen müssen, mit dem schärfsten Verluste, den es jemals erlebte.

Vom Balkon des Berliner Schlosses herab wurde am Abend des 25. Januar 1912 keine Rede gehalten. Keine Schutzmannsfaust brauchte einem königstreuen Trompeter ins Genick zu fahren, sintemalen kein Trompeter nach „Heil dir" Verlargen trug. Das ganze nationale Orchester war aus dem Leime gegangen, nachdem sein schmiegsamer Kapellmeister Bülow schon vorher infolge allerhöchster Ungnade vom Dirigentenpult entfernt worden war. Die vorurteilsvolle Welt wollte nicht anerkennen, welche Segnungen die konservative Herrschaft gebracht hatte, wenn auch nicht dem Volke, so doch den Konservativen selbst. Ehrfurchtsvolle Stimmen lästerten sogar, kein raubritterlicher Schnapphahn habe sich aufs Ausbeuten so trefflich verstanden, wie die neuzeitlichen agrarischen Raubfahren. Es war schmerzlich zu hören, wie lauteste Liebe zum Volke so schändlich geschmäht wurde. Als kurz vor den Wahlen konservative Blätter geheten hatten, das deutsche Volk möge doch seinem allbeliebten, für das Volkswohl Tag und Nacht treuvorgenden Kaiser durch gute Wahlen eine Geburtstagsfreude bereiten, war lebhaftes Gelächter der Antwort gewesen. Traurig tief traurig.

25. Januar 1907 — 25. Januar 1912. Die Deutschnationalen lassen es sich nicht zur Warnung dienen. Sie haben neue Dattelkisten erfunden und schwindeln wieder das Blaue vom Himmel herunter. Sie mögen sich merken:

Es macht Plätzer, wenn man es ist
Und bringt Verdruß, wenn man's gewesen.

Pasquino.

Parteiversammlungen.

Mittwoch, den 25. d. Mts., abends 7½ Uhr
6. Ortsbezirk in Kohls Restaurant, Königstraße 4.

Donnerstag, den 26. ds. Mts., abends 7½ Uhr
2. Ortsbezirk im Lokal von Wilhelm Niemann, Aktienbrauerei am Roßplatz.

Donnerstag, den 26. ds. Mts., abends 7½ Uhr
7. Ortsbezirk im Lokal Bürgerkasino, Bertramstraße 27.

Zeugen gesucht!

Diejenigen Herren, welche am Sonntag, den 22. Januar, abends gegen 1/10 Uhr die beiden am Boden liegenden jungen Leute auseinander brachten, werden um ihre Adresse gebeten. Besonders wird jener Herr darum gebeten, welchem noch Schläge von einem der Ringenden angeboten worden sind. Der Vorgang hat sich in der Nähe des Delikatessengeschäftes von Pfeifer & Haase, der Volksstimme gegenüber, abgespielt. Die Adressen nimmt der Verlag der Volksstimme entgegen.

Mutterschulkursus im Säuglingsheim der Stadt Halle-Emilienheim. Das Säuglingsheim der Stadt Halle-Emilienheim, Giebichensteinerstr. 6, wird in Anbetracht der Tatsache, daß Kenntnis und Geschicklichkeit in der Pflege und Behandlung des Säuglings wie des Kleinkindes überhaupt in weiten Kreisen der Bevölkerung nicht in dem wünschenswertem Maße verbreitet ist, einen neuen Mutterschulkursus für Frauen und Mädchen ohne Unterschied des Standes abhalten. Der Lehrgang hat den Zweck, den Lernenden zu zeigen, was jede weibliche Person, welcher die Pflege des Säuglings oder Kleinkindes obliegt, unbedingt vor der Haltung, Beobachtung und Versorgung eines solchen Kindes wissen muß, sie mit gewissen hygienischen Grundsätzen vertraut machen und in der praktischen, geschickten und sicheren Ausführung aller Handhabungen zu üben. Der Lehrgang beginnt am 14. Februar 1922, dauert 6 Wochen und findet wöchentlich einmal, Dienstag, von 5—8 Uhr abends statt. Der Unterricht umfaßt: 1. die Körperpflege, 2. die natürliche Ernährung (Stillfrechnik), 3. Anleitung in der Milchküche, 4. Hygiene in der Säuglingspflege. Die Teilnahme ist unentgeltlich. Anmeldungen nimmt die Oberin des Emilienheims, Giebichensteinerstr. 6, entgegen.

Rentenzahlung bei der Post. Die Zahlung der Militärrenten und der Invaliden- und Unfallrenten findet beim Postamt 1, Gr. Steinstraße wie folgt statt.

a) für Militärrenten: am 28. Januar für die Nummern 1—15 000, am 30. Januar für die Nummern 15 001—Schluß, am 31. Januar für die an den ersten beiden Zahltagen nicht abgehobenen Militärrenten. Am 1. und 2. Februar werden Militärrenten nicht gezahlt.

b) für Invaliden- und Unfallrenten: am 1. Februar für die Nummern 1—3800, am 2. Februar für die Nummern 3801—Schluß.

Vom 28. Januar bis einschl. 6. Februar werden Renten in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags, an den folgenden Tagen von 9—12 Uhr vormittags und 3—6 Uhr nachmittags gezahlt. Es wird daran erinnert, daß diejenigen Heeres-Rentenempfänger, denen die Beträge überwiesen werden, für März eine Lebensbescheinigung beizubringen haben.

Die Sozialisierung im Bauwerbe bildet das Thema eines Vortrages, den Herr Dr. ing. Wagner, Berlin, heute abend in einer öffentlichen Gewerkschaftsversammlung im Volkspark halten wird. Besonders die Bauarbeiter werden ersucht, in dieser Versammlung zahlreich zu erscheinen. Beginn 7½ Uhr.

Volkshochschule. In der kommenden Woche beginnen: Univ. Prof. Dr. Schering (Donnerstag, den 26. Januar) „Beethoven" und Dr. Wichmann (Freitag, den 27. Januar) „Probleme und Geistesströmungen der Gegenwart". Wenige restliche Karten nur noch Gr. Märkerstr. 10, I.

Handwerkskammer-Wahlen. Von amtlicher Seite wird uns mitgeteilt, daß im Wahlbezirk Stadtkreis Halle in nächster Zeit die Neuwahlen von 5 Mitgliedern und 5 Ersatzmännern zur Handwerkskammer vorgenommen werden. Den Innungen wird nahegelegt, sich baldigst über die zu wählenden Personen nach Möglichkeit zu verständigen.

Stadttheater. Heute, Dienstag, abends 7½ Uhr, geht Gerhart Hauptmanns Komödie „College Crampton" in Szene. Mittwoch „Die neugierigen Frauen", komische Oper von Wolf-Ferrari. Für die Donnerstag-Vorstellung „Tiefland", sind nur noch wenige Karten zu haben. Freitag gelangt das Märchenspiel „Schwanenweiß" von August Strindberg zur Erstaufführung. Sonnabend nichtöffentliche Vorstellung. Sonntag nachmittag bei halben Opernpreisen „Hänsel und Gretel", Sonntag abend „Das Dreimäderlhaus".

Freie Volksbühne Halle. Thalia-Theater. Der eingebildete Kranke. Ein Heiratsantrag. Spieltage: G: Mittwoch, den 25., H: Donnerstag, den 26., J: Montag, den 30. Januar, K: Mittwoch, den 1., L: Donnerstag, den 2., M: Sonnabend, den 4., N: Montag, den 6., A: Mittwoch, den 8. Februar.

Vinzen van Gogh. Vortrag des Herrn Privatdozenten Dr. Oskar Hagen, Göttingen, Montag, den 30. ds Mts., abends 8 Uhr, in der Aula der Kunstgewerbeschule, Gutjahrstr. 1, über das Thema: Vincen van Gogh", mit Lichtbildern. Eintrittskarten zu 3 Mark sind ab 25. d. Mts. im Sekretariat der Kunstgewerbeschule, Gutjahrstraße 1, Zimmer Nr. 17, und an der Abendkasse zu haben.

Hallischer Lehrerverein. Heute, Dienstag, Hauptversammlung in der Talamtschule. 1. Jahresbericht. 2. Rechnungslegung. 3. Neuwahl des Vorstandes.

Die U. T.-Lichtspiele an der Promenade zeigen durch den Film „Judas", ein Drama von Aufruhr und Untergang. Der Film führt ins Reich der alten Römer. Wir lernen im Laufe der Akte die Sitten und Gebräuche der Römer zur Zeit Jesus kennen. In aller Schärfe führen uns die einzelnen Bilder die Tyrannei und Gewaltherrschaft zu jener Zeit vor Augen. Gutgelungene Massenszenen, Aufnahmen von alten Bauwerken Roms und Jerusalems sowie das verwendete Gemälde „Das Abendmahl" von Vinci zeugen von einer geschickten Regie. Jedenfalls

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170629775192201 24-14/fragment/page=0005

ist dieser Film schon wegen seiner prachtvollen Ausstattung jedem zu empfehlen. Eine lustige Pensionsgeschichte „Ein Ausflug in die ewige Seligkeit" sorgt für einen köstlichen Humor. We.

Walhalla-Lichtspiele. Wie uns die Direktion des Walhalla-Lichtspieltheaters mitteilt, ist es dieser gelungen, wieder eine besondere Sensation zu erwerben. Neben dem 5. Teil des Episodenfilms „Mit Büchse und Lasso" und einem sehr komischen Lustspiel wird vom 27. d. M. ab eine Woche lang der allerorts mit großem Beifall aufgenommene Filmsketsch „Das Mädel vom Ballett" zur Vorführung gelangen. Persönlich Mitwirkende sind eine Berliner Solospitzentänzerin, sowie eine vorzügliche Berliner Opern- und Konzertsängerin. Die Zeiten der Vorführung werden in der nächsten Annonce bekanntgegeben.

Erhöhte Entschädigungen für Kreistagsmitglieder. Die Entschädigung für Kreistagsmitglieder, Kreisausschußmitglieder und Kreiskommissionsmitglieder für Teilnahme an den Sitzungen wurde im Saalkreis von 50 auf 100 Mark erhöht.

Diemitz. Eine gefallene Größe. Ein Allerweltskerl war der hiesige Amtsvorsteher Marx. Im Hauptberuf war er zwar nur Postmeister. Aber daneben war er nicht nur Amtsvorsteher, nein, er war noch Gemeindeschöffe, Kreisvertreter, im Kreistage saß er in 6 Kommissionen, er war Vertrauensmann der Beamtengruppe der Postbeamten, Vorsitzender des Kommunalverbandes, Verkaufsverwalter von Siedlungsgelände, er war im Kirchenrat und in der Schuldeputation. Umsonst hat er natürlich diese vielen Aemter nicht verwalten können. Man erzählt sich deshalb von der ganz erklecklichen Nebeneinnahme von 22 000 Mark jährlich. Diese seine Arbeitslast übertrug sich schließlich auch auf seinen Haushalt. Er brauchte viele Dienstmädchen. Nicht auf einmal, aber ziemlich oft hintereinander. Sie entzogen ihm gewöhnlich allzuschnell ihre Dienste. Jetzt ist er nun plötzlich vom Landratsamte seines Amtes als Amtsvorsteher enthoben worden. Auch von der Post soll er an anderer Stelle beschäftigt werden. Der Grund liegt darin, daß er seinen unheimlichen Betätigungsdrang drei Tage vor Weihnachten an seinem Dienstmädchen im Ziegenstall erprobte. Dieses minderjährige Mädchen konnte sich dort seiner „Liebe" nicht erwehren. Marx selbst hat seine sittlichen Verfehlungen zugegeben und daraufhin erfolgte seine Amtsentsetzung. Wir erwarten, daß dieser Mann überhaupt aus dem öffentlichen Leben verschwindet. An die von ihm eingenommenen verschiedenen Aemter gehören Leute mit sittlich gefestigten Grundsätzen. Wie wir weiter hören, hat die Gemeindevertretung gestern mit 11 gegen 3 Stimmen beschlossen, den ehemaligen Amtsvorsteher zu ersuchen, sofort seine anderen Aemter niederzulegen.

Dölau. Erhängt hat sich in der Dölauer Heide der 56jährige H. aus Halle, früher in Nietleben wohnhaft.

Provinz und Umgegend.

Neue Industrieanlagen in Mitteldeutschland.

Die Entwicklung des Mitteldeutschen Industriegebietes schreitet unaufhaltsam vor. Hat sie doch schon die alte Mansfelder Kupferschieferbauende Gewerkschaft geschäftlich auf eine ganz andere Grundlage gestellt. Andere größere Werke richten ihre Blicke auch auf die Umgegend von Halle-Merseburg, um hier neue Anlagen zu errichten. So tauchen jetzt Meldungen auf, nach denen die Kruppschen Werke im Geiseltal eine Niederlassung errichten wollen. Es handele sich nur noch darum, auch die zur Kohlenversorgung notwendigen Kohlenfelder in Besitz zu bringen. Die Chemische Fabrik Griesheim-Elektron will in der Nähe des Leunawerkes gleichfalls eine neue Fabrikanlage errichten. Der Siegen-Solinger Gußstahlverein, der vor längerer Zeit die Stahlgießerei Kunsch in Frankleben erworben hatte, plant den Ausbau derselben. Bei Könnern soll der Gelsenkirchener Bergbauverein, der seit einiger Zeit das Plötzer Steinkohlenbergwerk betreibt, ausgedehntes Gelände zum Bau von Werkanlagen erworben haben. Man spricht noch dies und das. Wenn alle diese Nachrichten auch unbestimmt sind, eine gewaltige Entwicklung wird in Zukunft in Mitteldeutschland einsetzen, das ersieht man allein schon daraus, wie sich die Banken nach diesem Platz an der Sonne drängeln und in Halle Filialen errichten.

Eng verknüpft mit dieser industriellen Entwicklung ist das Problem der Wohnungsbeschaffung für die ungeheuren Arbeitermassen, die damit hierher gezogen werden. Es wird nicht anders gehen, als mit der Errichtung von großen Werken auch die Verpflichtung für den Unternehmer zu verbinden, auch ausgedehnte Wohnungsbauten vorzunehmen. Dazu reicht die Kraft der Kommunen und des Staates nicht aus.

Die Tarifverhandlungen im Bergbau.

Am nächsten Sonntag findet in Leipzig eine Konferenz sämtlicher Funktionäre der am Tarifkampf der Bergarbeiter Mitteldeutschlands beteiligten Verbände statt. Sie wird über die weitere Fortführung der Bewegung beschließen, die über 150 000 Beteiligte umfaßt.

Die Tätigkeit des Arbeitsamtes Eisleben im Monat Dezember 1921.

Die Lage des Arbeitsmarktes im Dezember war wohl im Hinblick auf das Wetter einigen Schwankungen unterworfen, war aber im allgemeinen nicht als ungünstig zu bezeichnen. Anfang des Berichtsmonats mußten mehrere Firmen des Baugewerbes wegen des Frostes ihre Arbeiter ganz bzw. zum großen Teil entlassen. Es entstand jedoch keine längere Arbeitslosigkeit, da das Arbeitsamt inzwischen andere Arbeit beschaffen konnte und diese Arbeiter dorthin vermittelte. Nach Beendigung des Frostes, Mitte des Monats, konnten die meisten Bauarbeiter auf ihre alte Stelle zurückkehren, wodurch der Gleichgewichtsstand so ziemlich wieder hergestellt wurde. Während also der Arbeitsmarkt in der näheren Umgegend Eislebens trotz ungleichmäßiger Kurve normal blieb, zeigte sich im nordöstlichen Teile des Seekreises als Auswirkung der Witterung und anderer Momente eine Arbeitslosigkeit. In Alsleben a. S. mehrte sich die Erwerbslosenzahl nach Beendigung der Zuckerrübenkampagne erheblich. Ende des Monats waren in Alsleben zirka 30 Erwerbslosenunterstützungsempfänger gemeldet, dagegen in Eisleben nur 1. Alle Industriezweige waren gut beschäftigt. Die Vermittlung dorthin war sehr rege. Bedarf an tüchtigen Bergarbeitern lag dauernd vor. Besonders war dies für den Kupferschieferbau und für Kali der Fall.

Die Landwirtschaft zeigte wie im November auch im Berichtsmonat ruhiges Verhalten, immerhin werden aber landwirtschaftliche Arbeitskräfte angefordert. Es handelt sich hauptsächlich um die Vermittlung von ledigen Leuten. Bei den verheirateten Arbeitnehmern machte sich auch in diesem Monat bei der Unterbringung der Wohnungsmangel bemerkbar. Die Vorarbeiten zur Vermittlung deutscher Wanderarbeiter nehmen ihren regen Fortgang, eine große Anzahl Aufträge sind bereits eingegangen. Die von den Landwirten eingereichten Anträge auf Genehmigung der Beschäftigung von Ausländern für das Jahr 1922 wurde von einer paritätisch zusammengesetzten Kommission, in der das Arbeitsamt bestimmungsgemäß als Gutachter fungierte, vorgeprüft und dem Landesarbeitsamt zur Entscheidung überreicht. Die Entscheidung ist inzwischen meistens getroffen. Im Hinblick auf den Umstand daß den Anträgen vielfach nicht in vollem Umfange entsprochen werden konnte, empfiehlt es sich, den Bedarf an deutschen Kräften baldigst beim Arbeitsamt anzumelden.

Die Arbeitsmarktlage für Erwerbsbeschränkte zeigte im Berichtsmonat keine Veränderungen. Die Unterbringung Schwerbeschädigter in der Landwirtschaft gestaltete sich wegen Rückganges der Arbeitnehmerziffer in den Betrieben, die die Grundlage für die Einstellungspflicht ist, schwierig. Trotzdem ist das erzielte Ergebnis als günstig zu bezeichnen.

Im Berufsamte wurde die Beratung und Lehrstellenvermittlung seitens der Jugendlichen sehr rege in Anspruch genommen. Auch die Anmeldung der offenen Lehrstellen seitens der Arbeitgeber vermehrte sich wesentlich, genügt aber dem Angebot immer noch nicht. Das Vermittlungsergebnis kann als zufriedenstellend bezeichnet werden.

Wenn bezüglich des weiblichen Arbeitsmarktes für den Monat November berichtet wurde, daß die Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften zurückging, dagegen aber das Angebot stieg, so treffen diese Merkmale für Dezember insofern nicht mehr zu, als auch das Angebot fiel. Zurückzuführen ist diese Erscheinung insbesondere darauf, daß die Mädchen vor Weihnachten ihre Stellung wenig wechseln. Gegen Mitte des Monats begann jedoch wieder rege Nachfrage nach Hauspersonal aller Art für Antritt zum 1. Januar, welche bis zum Ende des Monats anhielt. Der Bedarf der Lederindustrie konnte durch Ueberweisung der entsprechenden weiblichen Kräfte gedeckt werden.

Von den beim Arbeitsamt gemeldeten erwerbsbeschränkten Arbeitslosen aus dem Stadtkreise bezog niemand Erwerbslosenunterstützung, desgleichen auch keine weibliche Person, wohingegen die Zahl der Unterstützungsempfänger aus Gewerbe und Landwirtschaft aus dem Stadt- und Seekreise etwa 34 betrug, wovon aber nur 1, dank der Arbeitsbeschaffund durch das Arbeitsamt, auf den Stadtkreis entfällt.

Auf allseitigen Wunsch ist in Alsleben a. S. eine Nebenstelle des Arbeitsamtes Eisleben errichtet worden, welche für die Ortschaften Alsleben, Bolleben, Strenz-Naundorf, Gnölbzig, Piesdorf, Haus Zeitz, Nelben, Ihlewitz und Zellowitz in Frage kommt. Die Arbeitgeber und -nehmer vorbezeichneter Ortschaften wollen sich daher im Bedarfsfalle nach dorthin wenden. Die Nebenstelle befindet sich im Rathausgebäude in Alsleben.

Gleichzeitig wird hierbei nachmals auf die Regierungs-Polizeiverordnung für den Regierungsbezirk Merseburg vom 7. Dezember 1921 hingewiesen, wonach jeder Arbeitsgeber verpflichtet ist, jeden Bedarf an Arbeitskräften einschließlich der Angestellten bei einem öffentlichen Arbeitsnachweis anzumelden. Desgleichen müssen sich auch alle Arbeitslosen oder in gekündigter Stellung befindliche Arbeitnehmer nach Maßgabe der angeführten Verordnung melden. Die Verordnung ist in den lokalen Zeitungen bekanntgegeben.

Helbra. Im Kühlbassin ertrunken. Ins Kühlwasserbassin gestürzt und ertrunken ist auf dem Ernstschacht der 63jährige Maschinenwärter Hermann Grabow nach 35 Arbeitsjahren auf dieser Stelle.

Sangerhausen. Stadtverordnetenversammlung. (Schluß.) Es wurde Kenntnis genommen von der Abrechnung über die erfolgte Erneuerung der Gonna-Brücke. Die Erneuerung war seinerzeit mit 4500 Mark veranschlagt worden, verausgabt wurden nur 3437,34 Mark, also 1562,66 Mark erspart. Die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützungskasse wurde beschlossen. Der Magistrat hatte geringere Sätze in Vorschlag gebracht. Gen. Börsch beantragte folgende Sätze: Kl. 1a 12,50 statt 10 Mark, Kl. 1b 10 statt 7 Mark, Kl. 1c 7 statt 6 Mark, Kl. 2a 10 statt 8 Mark, Kl. 2b 8 statt 7 Mark, Kl. 2c 7 statt 5 Mark, Kl. 3a 5 statt 3,50 Mark. Vier bürgerliche Stadtverordnete rafften sich auf und stimmten für den weitergehenden Antrag des Gen. Börsch, dadurch kam dieser zur Annahme. Der Haushaltsplan der Stadtsparkasse für 1922 wurde genehmigt. Die Versammlung nahm Kenntnis von der außerordentlichen Revision der Stadthaupt-Steuer und Stadtsparkasse. Beanstandungen waren nicht zu machen. Der Kürschnermeister Beetz hat die Wahl als Waisenrat aus Gesundheitsrücksichten abgelehnt. An seine Stelle wurde der Kaufmann Ruppe gewählt. Der Kaufmann Paul Schander glaubt, weil er Rentier ist, und außerdem noch eine kleine Nebenbeschäftigung ausübt, das Amt eines Armenpflegers nicht ausüben zu können. Die Versammlung erkannte die Gründe als nicht stichhaltig an. Der Friedhofswärter hatte um eine Erhöhung seiner festen Bezüge gebeten. Diese wurden von 600 auf 2000 Mark jährlich erhöht. Im Anschluß an die Tagesordnung fragte Stadtv. Fröschke den Magistrat, wann nun endlich mal eine Sitzung der Schuldeputation stattfände, die letzte sei im Sommer gewesen, und genügend Stoff müßte doch vorhanden sein. Der Magistrat erklärte durch Bürgermeister Gründlich, daß demnächst eine Sitzung stattfinden würde. Bisher sei man wegen Arbeitsüberlastung nicht dazu gekommen. Es fehlt ja auch, wie wir wissen, ein Stadtrat. Würde dessen Bestätigung nicht so verschleppt werden und bald erfolgen, dann hätte der Magistrat eine Arbeitskraft mehr.

Artern. Leichenfledderer stahlen dem nach einer Dauersitzung schwerbezecht eingeschlummerten Viehhändler S. 13 000 Mark.

Merseburg—Querfurt—Weißenfels—Zeitz.

Merseburg. Wahl der Vertrauensmänner zur Angestelltenversicherung. Die Wahlbeteiligung war eine sehr rege. Abgegeben wurden insgesamt 509 Stimmen, davon erhielt Liste A (Gedag) 184, Liste B (Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband) 149, Liste C (Afa) 176. Die Listen A und B waren verbunden. Auf alle drei Listen entfällt je ein Vertrauens- und Ersatzmann. Die gegnerischen Verbände hatten alles aufgeboten, um recht viele Stimmen auf ihrer Liste zu vereinen. Radfahrer waren unermüdlich tätig und auch der Spitzenkandidat des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes Herr Woop hängte sich ein doppelseitig bedrucktes Plakat um den Hals, auf dem in großen Lettern zu lesen stand: „Denkende Afa-Mitglieder wählen die Liste Woop." Trotzdem Herr Woop während der Wahlzeit mit dem Plakat ständig durch die Straßen Merseburgs wanderte, scheint die Liebesmüh umsonst gewesen zu sein. Die Mitglieder des Afa-Bundes sind wirklich denkende Kollegen und fallen auf derartige Harlekinaden nicht mehr hinein.

Mücheln. Ueber die zehn Forderungen des A. D. G. B. und Afabundes sprach Bezirkssekretär Berkling in einer am 18. Januar im goldenen Anker in Möckerling gehaltenen gutbesuchten Versammlung. Der Referent trug in leicht verständlicher Form alle Merkmale einer außerordentlichen Zeit wie sie nach einem verlorenen Kriege in die Erscheinung treten, vor. In großen Zügen schilderte er die Lage der Weltwirtschaft, die Finanzlage des Reiches und ging dann näher auf die Gewerkschaftsforderungen ein. Mit einem Appell sich Aufklärung zu verschaffen und geschlossen und einig auf der Grundlage der zehn Forderungen den Kampf gemeinsam zu führen, schloß der Referent sein beifällig aufgenommenes Referat. In der Aussprache gelangte der Sekretär der kommunistischen Partei Höcker-Halle zum Wort, der dem Referat zwar nichts Neues hinzuzufügen hatte, es aber an verdeckten Angriffen auf die Gewerkschaftsführer nicht fehlen ließ. Diese Angriffe wurden ihm aber von Walther, Herwig und Lingnau kräftig zurückgegeben. Mit Recht wurde gesagt, daß auch Höcker bezahlter Angestellter und sein Schimpfen auf die Gewerkschaftsangestellten Unsinn sei. Ein Diskussionsredner schimpfte zwar auf die verfluchten Bonzen, im allgemeinen nahm die Versammlung aber einen guten Verlauf. Das Schlußwort konnte der Referent sehr kurz fassen, da alle Diskussionsredner auch Höcker dem Referenten zustimmten und so wurde auch die vorgeschlagene Entschließung einstimmig angenommen.

Zeitz. Der Volksbote vor der Naumburger Strafkammer. In einer Dauersitzung von 9 Stunden verhandelte die Naumburger Strafkammer gegen den Redakteur Bergholz wegen Beleidigung der Naumburger und Halleschen Sondergerichte. Die Anklage vertrat der Oberstaatsanwalt Drygalski, den Angeklagten der Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld. Der Staatsanwalt beantragte 9 Monate Gefängnis, das Urteil lautete auf 5 Monate Gefängnis. Ueber die Verhandlung selbst führte Dr. Rosenfeld am Sonnabend abend in einer öffentlichen Versammlung etwa folgendes aus: In meiner Eigenschaft als Verteidiger komme ich ziemlich weit im deutschen Reich umher. Um jedoch zu erleben, daß heute wegen des Wortes „Klassenjustiz" Anklage erhoben wird, dazu muß man nach Naumburg kommen. Als Zeugin war von der Verteidigung die Stadtverordnete Frau Krüger von Halle geladen. An diesem Urteil habe man nachgewiesen, daß das Urteil der Sondergerichte unhaltbar sei, trotzdem sei die Verurteilung erfolgt. — Das Urteil von Naumburg und das Urteil gegen den Grafen Schlieffen müssen wir uns merken. sc.

Körbisdorf. Ueberfall. Gegen Morgen wurde der Kassierer der Grube Otto auf dem Wege nach der Grube von drei Unbekannten überfallen, durch Messerstiche verletzt und der Aktenmappe beraubt, die wenig enthielt.

Bitterfeld—Delitzsch.

Zörbig. Jugendliche Missetäter. Zu unserem Bericht über die letzte Schöffensitzung erhalten wir von anderer Seite folgende Zuschrift: Die Verhandlung gegen die 4 Jugendlichen, die des Einbruchs in den Garten des Kaufmanns G., hier, angeklagt waren, warf ein grelles Streiflicht auf die hier am Orte herrschenden Zustände. Jeder rechtlich Denkende muß es, so sehr die tatsächlich erheblichen und sich ständig wiederholenden Verwüstungen des G.'schen Gartens zu bedauern [illegible], ganz entschieden verurteilen, wenn bisher unbestrafte Burschen gleich vor das Tribunal geschleppt werden, statt zunächst strengere Erziehungsmaßnahmen durch Schule und Haus zu ergreifen. Recht eigenartig berührt es im vorliegenden Falle, daß man es nicht einmal für nötig hielt, die Eltern zu benachrichtigen, bevor Anzeige erstattet wurde, sowie daß einer der in der Verhandlung erschienenen Väter in geradezu unerhörter Weise von einem Zeugen angepöbelt wurde, der ihm mangelnde Erziehung seines Sohnes vorwarf, ohne daß der die Verhandlung leitende Amtsgerichtsrat Dr. Fritsche ein Wort der Zurückweisung für nötig hielt. Demgegenüber erhielt der objektive Zuhörer im Laufe der Verhandlung die Gewißheit, daß die festgestellten Verwüstungen des Gartens nicht von den Angeklagten herrühren und die Justitia wieder einmal den Falschen erwischt hat, was ja durch das ergangene Urteil auch bestätigt wurde. Wie lange werden hier übrigens noch die Zeugen, im Widerspruch zur Reichsverfassung, nach ihrem Religionsbekenntnis gefragt werden?

— **Volksbildungsverein.** Der dritte Vortragsabend fand am Dienstag im Gasthof zum goldenen Schwan statt. Als Referent sprach Herr Schröter über die „Weltfriedensbewegung" als Fortsetzung des ersten Abends im November v. J. Die kleine Zuhörerschar folgte mit gespannter Aufmerksamkeit den fast zweistündigen Ausführungen des Redners. Als erfreulicher Erfolg war die Aufnahme zweier neuer Mitglieder zu buchen; höchst bedauerlich bleibt jedoch die für Zörbigs Bildungsbedürfnis geradezu beschämende Tatsache, daß der Kreis der Interessenten sich jetzt nach 3 Vortragsabenden noch immer nicht so vergrößert hat, daß mit wirklichem Erfolge an die förmliche Gründung des Vereins herangegangen werden kann. Immerhin hat die kleine Schar noch nicht den Mut verloren und wird jetzt verschiedenen Anregungen von Außenstehenden folgend in das Turnhallzimmer übersiedeln, um den Besuchern die in einem Gasthofe unvermeidlichen Ausgaben zu ersparen; vielleicht gelingt es dadurch das Unternehmen, das keinerlei politischen Anstrich haben soll, auf die Beine zu bringen. Der nächste Vortrag wird in das Gebiet der Astronomie führen. Ein Mitglied des Bundes der Sternfreunde wird über unseren Nachbarplaneten den Mars sprechen, woran sich bei günstiger Witterung eine Himmelsbeobachtung durch das Fernrohr schließen wird. Näheres wird noch bekannt gegeben.

Wittenberg.

Wittenberg. Der Kommunisten-Märzputsch vor der Wittenberger Strafkammer. Als im März 1921 auch in Wittenberg von den Kommunisten der Generalstreik ausgerufen worden war, versuchten die Wittenberger Kommunisten, teilweise mit Hilfe auswärtiger Elemente, alle Betriebe stillzulegen, auch diejenigen, in denen niemand ihrer politischen Gesinnung beschäftigt war. In einzelnen Betrieben, die sich diesen Terror nicht so ohne weiteres bieten lassen wollten, kam es dabei auch zu unliebsamen Szenen. Wo dies der Fall war, wurde ohne weiteres mit „Blutvergießen" und „zum Fenster hinausschmeißen" gedroht. Auch in den beiden hiesigen Zeitungen kam es zu ähnlichen Szenen. Im „Wittenberger Tageblatt" kam man den Wünschen der Kommunisten ziemlich schnell nach, indem das Personal nach kurzem Wortgefecht die Arbeit einstellte. Etwas mehr Schwierigkeiten machte die Stillegung der „Wittenberger Allgemeinen Zeitung". Etwa 150 Mann hatten sich vor diesem Geschäftslokal angesammelt und verlangten, daß der Betrieb sofort eingestellt werde. Die Geschäftsleitung, wie das Personal, das aus 20 Köpfen bestand, wollten sich nicht ohne weiteres überzeugen lassen, daß ein Generalstreik der Kommunisten die Stillegung auch der Betriebe bedeuten müsse, in denen der Kommunismus „noch nicht verstanden" wurde. Erst als mehrere Kommunisten, angeblich als „Funktionäre der Streikleitung" in den Betrieb eingedrungen waren und betonten, daß die Menge vielleicht den Betrieb mit Gewalt stillegen und das sich weigernde Personal zum Fenster hinausschmeißen würde, erklärte sich das Personal bereit, nach hause zu gehen. Zwei der in den letztgenannten Betrieb Eingedrungenen, die Arbeiter Otto Sachse und Julius Böhme aus Wittenberg, hatten sich am Freitag auf Grund der geschilderten Vorgänge wegen schweren Hausfriedensbruch zu verantworten. Wie wir erfahren, war Sachse zurzeit der Vorgänge weder gewerkschaftlich noch politisch organisiert und solche Leute durften sich als Funktionäre der kommunistischen Streikleitung ausgeben?! — Der Angeklagte Böhme wurde nun vom Rechtsanwalt Blume-Torgau verteidigt, ein Zeichen, daß die im vorigen Satz angeführten Tatsachen stimmen dürften. Während alle übrigen Zeugen die Vorgänge objektiv schilderten, versuchte ein Kommunist Kretzschmar, der nebenher noch ein Verwandter von Sachse ist, gerade den Angeklagten Sachse noch vorm Gericht hereinzureißen, indem er erklärte, Sachse sei der Anführer gewesen und hätte den ganzen „Klamauk" erst veranlaßt. Auch machte dieser Zeuge das Gericht noch ausdrücklich darauf aufmerksam, daß Sachse bereits mehrmals mit Zuchthaus vorbestraft sei, worauf der Vorsitzende taktvoll erwiderte, daß er diese Vorstrafen deshalb nicht herangezogen habe, weil sie schon sehr lange zurückliegen. Die Angeklagten gaben zu, was ihnen die Anklage zur Last legte, betonten aber, daß sie lediglich deshalb in den Betrieb gedrungen seien, um die darin Beschäftigten zu warnen und zu vermitteln, ehe sich die vor den Betrieben versammelte Menge zu Gewalttätigkeiten hinreißen ließ. Sämtliche Zeugen gaben ohne weiteres zu, daß die Angeklagten auch niemals von sich gesprochen, sondern immer „die Menge" hervorgehoben hätten. Das Gericht schenkte diesen Angaben auch Glauben und sprach beide Angeklagte, wie auch der Oberstaatsanwalt beantragt hatte, auf Kosten der Staatskasse frei. In der Urteilsbegründung wurde ausdrücklich hervorgehoben, daß das Gericht, wenn es den Angaben des Zeugen Kretzschmar, der nicht vereidigt wurde, da er im Verdacht der Mittäterschaft stand, Glauben schenken würde, unbedingt zu einer Verurteilung Sachses hätte kommen müssen.

— **Ein Wüstling.** In der Strafkammersitzung wurde u. a. auch gegen den ehemaligen Aufseher im Amtsgerichtsgefängnis Wittenberg, Emil Hauffe, verhandelt, weil er sich in schamloser Weise gegen ihm unterstellte weibliche Strafgefangene vergangen hat. Der Angeklagte, der verheiratet ist, ist geständig und wurde mit Rücksicht darauf, daß es sich um Verbrechen gegen Untergebene handelt, zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Nur der Umstand, daß er bisher unbescholten war, hat ihn vor dem Zuchthause bewahrt. Er wurde nach der Verurteilung sofort in die Strafhaft abgeführt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519220124-14/fragment/page=0006